



500a V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 7

Juli 1979

Grafik des Monats: Säuglinge und Geburtsgewicht ✕
Aufsätze: Landtagswahl 1979 (Teil 2)
Einkommensteuer 1974
Kurzberichte: Sorten bei Winterweizen
Moderne Erhebungstechnik
Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

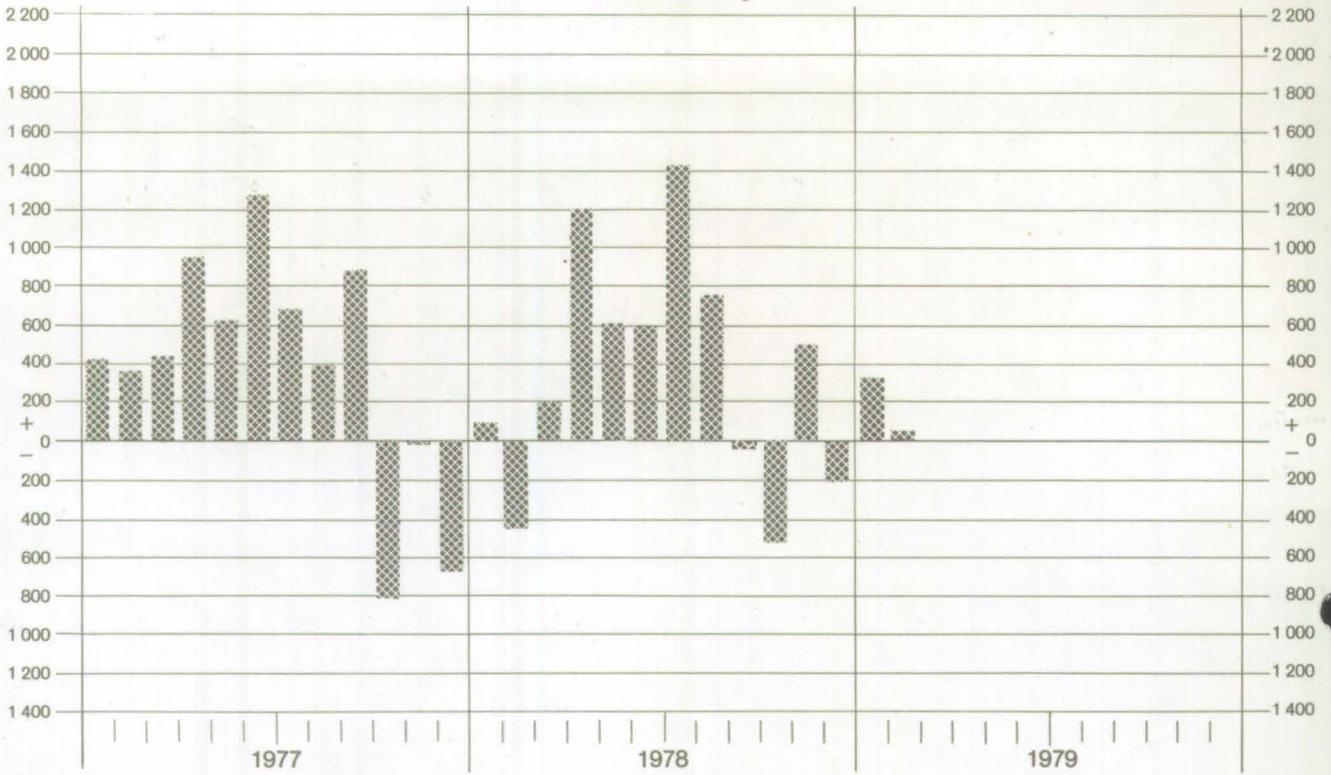


Herausgegeben vom

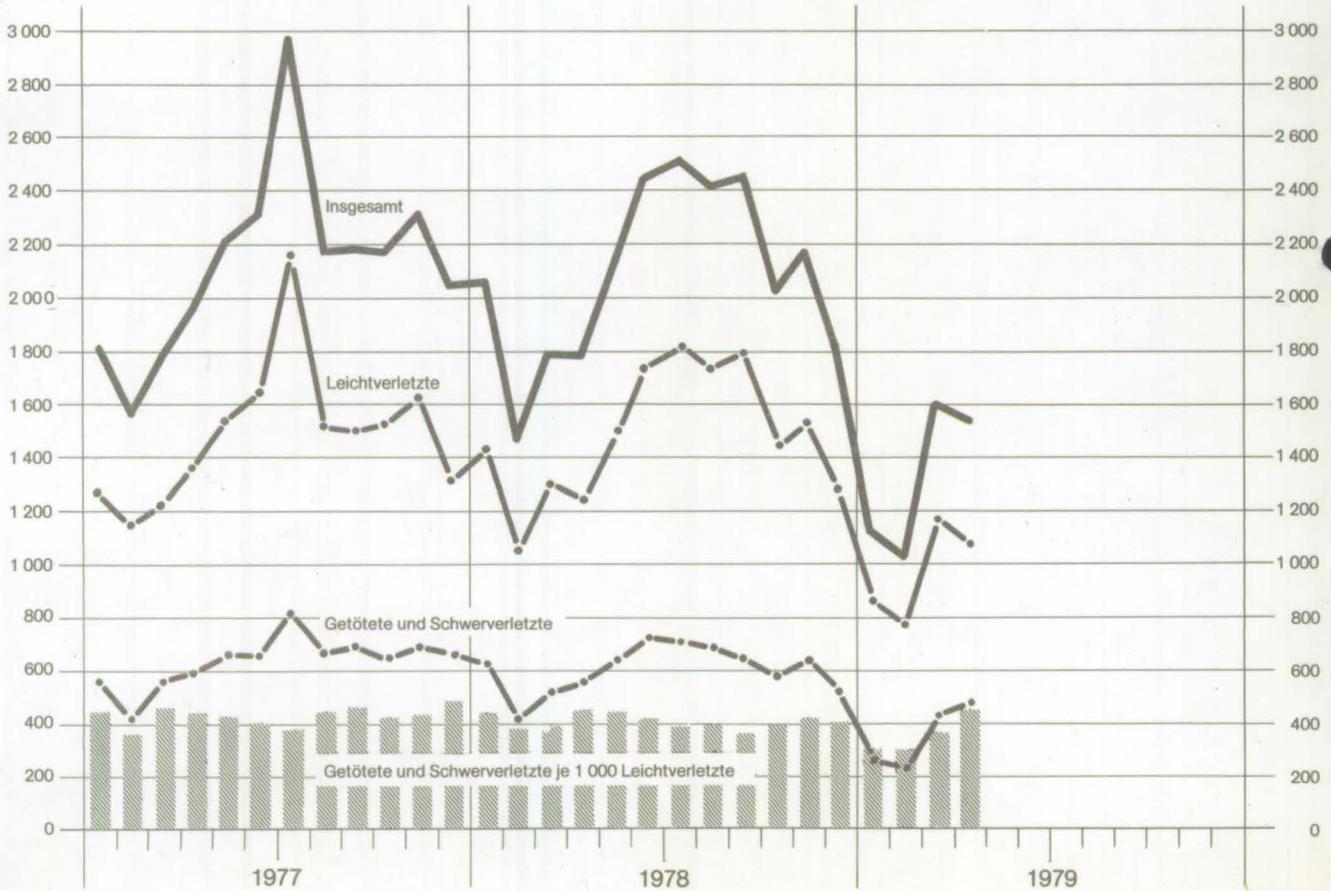
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 7/79

	Seite
Aktuelle Auslese	145
Aufsätze	
Landtagswahl 1979	
Teil 2: Regionale Ergebnisse	146
Die Einkommen und ihre Besteuerung 1974..	151
Kurzberichte	
Zur Sortenverteilung bei Winterweizen und Wintergerste in den Naturräumen Schleswig- Holsteins 1973 bis 1978	160
Moderne Erhebungstechnik im Vormarsch ..	162
Aus unserem Archiv	164
Grafik des Monats	154
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) ..	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

31. Jahrgang

Heft 7

Juli 1979

Aktuelle Auslese



Verarbeitendes Gewerbe: Klima freundlicher

Alle wichtigen Konjunkturindikatoren deuten jetzt auch im nördlichsten Bundesland auf eine Trendwende im verarbeitenden Gewerbe hin. Nach Jahren der Stagnation kann für 1979 mit einem beachtlichen realen wirtschaftlichen Wachstum gerechnet werden. Der seit 1975 anhaltende Beschäftigtenabbau ist einer Aufwärtsentwicklung gewichen. Im 1. Halbjahr 1979 stellten die Betriebe über das saisonübliche Maß hinaus zusätzliche Arbeitskräfte ein, so daß am Ende dieses Zeitraumes rund 1 700 Personen mehr beschäftigt waren als vor einem Jahr. Die Umsätze expandierten insgesamt um 6,3 %, wobei der Export (- 4,3 %) abermals - wie auch 1978 - unter den im Vorjahr erzielten Ausfuhrerlösen lag. Mehr als die Hälfte der Umsatzsteigerung ist dem Preisanstieg zuzuschreiben; das bedeutet also einen realen Zuwachs von etwa 2,5 %. Die Aussichten für eine weitere Belebung sind günstig: Der Wert der im Berichtszeitraum hereingenommenen Aufträge war um fast 9 % höher als im 1. Halbjahr 1978. In dieser Zahl sind allerdings insbesondere das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie der Schiffbau nicht berücksichtigt.



Starke Ausweitung des Weizen-, Raps- und Silomaisanbaus

1979 wurden auf einer gegenüber dem Vorjahr leicht verringerten Ackerfläche 410 000 ha Getreide, 76 000 ha Raps und Rübsen, 41 000 ha Hackfrüchte und 87 000 ha Ackerfütterpflanzen angebaut. Unter den Getreidepflanzen wurde der Anbau von Winterweizen ertragsbedingt auf erstmals 155 000 ha und der von Sommergerste durch die Neubestellung von Auswinterungsflächen stark ausgeweitet, während die Wintergerstenflächen durch witterungsbedingten Umbruch und

die Haferflächen erheblich zurückgingen. Unter den Ölfrüchten war beim Winterraps eine Flächenzunahme von 5 000 ha zu verzeichnen. Dagegen fiel die Kartoffelfläche auf erstmals unter 6 000 ha. Der Zuckerrübenanbau hielt sich auf dem vorjährigen Niveau. Im Anbau von Futterpflanzen kam es zu einer erheblichen Umschichtung unter den Pflanzenarten. Einen starken Rückgang der Flächen mit Futterhackfrüchten (- 14 %), Klee, Klee gras und Luzerne (- 39 %) standen ein unveränderter Grasanbau auf dem Ackerland und eine erhebliche Ausdehnung der Silomaisfläche auf einen neuen Höchststand von 37 000 ha gegenüber.



Fast die halbe Sozialhilfe ist Hilfe zur Pflege

Von allen Ausgaben der Sozialhilfe beanspruchte die Hilfe zur Pflege 1978 mit 47 % fast die Hälfte. Sie gehört mit über zehn weiteren Hilfen zu den „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ (67 % der Sozialhilfe), die längst die klassische Leistung, heute „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ mit 32,7 %, von der Spitzenstellung unter den Ausgaben verdrängt haben. Ganz unscheinbar ist schließlich die Tuberkulosehilfe mit 0,35 %.

Die hinter diesen Anteilen stehenden Millionenbeträge sind 560 Mill. DM Bruttoausgaben, von denen immerhin 138 Mill. DM durch Einnahmen wieder hereingeholt wurden, so daß den öffentlichen Kassen der Kommunen (197 Mill. DM) und des Landes (224 Mill. DM) zusammen noch 421 Mill. DM reine Ausgaben zu finanzieren verblieb. Die Bruttoausgaben betragen je Einwohner 216 DM. Sie schwankten zwischen den Kreisen um mehr als 1 : 3, nämlich für die Hilfe zum Lebensunterhalt zwischen 158 DM in Lübeck und 42 DM in Dithmarschen, für die Hilfe in besonderen Lebenslagen zwischen 188 DM und 61 DM in denselben Kreisen.

Landtagswahl 1979

Teil 2: Regionale Ergebnisse

Ergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise

Wahlbeteiligung in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten

Von den 1,89 Millionen Personen, die zur Landtagswahl stimmberechtigt waren, wohnen 487 000 oder gut ein Viertel in den vier kreisfreien Städten und 1,4 Millionen oder drei Viertel in den elf Kreisen. Der Anteil der kreisfreien Städte wird von Wahl zu Wahl geringer. Gegenüber der Landtagswahl 1975 ging die Zahl der Wahlberechtigten in den kreisfreien Städten um 12 400 oder 2,5 % zurück und in den Kreisen stieg sie um 65 000 oder 4,9 %. In den kreisfreien Städten ist ausnahmslos ein Rückgang zu verzeichnen; am höchsten war er in Kiel mit 6 000 oder 3,2 %. Demgegenüber stieg die Zahl der Wahlberechtigten in allen Kreisen. Besonders kräftig war der Anstieg in den Kreisen Segeberg (+ 9,5 %) und Stormarn (+ 8,4 %).

Die Wahlbeteiligung war wie üblich in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten. Sie belief sich in den Kreisen auf 84,1 % und in den kreisfreien Städten auf 81,0 %; im Landesdurchschnitt waren es 83,3 %. Die höchste Wahlbeteiligung ergab sich wie bei der vorangegangenen Landtagswahl in den Kreisen Plön mit 88,0 % und Rendsburg-Eckernförde mit 85,4 %. Das Schlußlicht ist die kreisfreie Stadt Lübeck mit 80,0 %. Auch die anderen kreisfreien Städte stehen nicht viel besser da. Nur der Kreis Nordfriesland (81,5 %) liegt noch unter der relativ besten kreisfreien Stadt Kiel (82,1 %). Bis auf Lübeck, Pinneberg und Segeberg ist die Wahlbeteiligung in allen Kreisen und kreisfreien Städten gegenüber 1975 gestiegen. Deutlich über dem Durchschnitt (+ 1 Punkt) lag die Zunahme in Schleswig-Flensburg (+ 2,4 Punkte) sowie in Kiel und Plön (jeweils 2,1 Punkte).

Die CDU konnte nicht in allen Kreisen die absolute Mehrheit verteidigen

Die **CDU** stellt zwar wie 1975 in allen Kreisen die stärkste Partei, sie verlor jedoch in Pinneberg und Steinburg die absolute Mehrheit. Den größten Anteil erhielt sie wie vor vier Jahren — damals sind es 55,8 % gewesen — mit 52,8 % in Dithmarschen. Auch in allen anderen Kreisen gingen die Stimmenanteile der

CDU gegenüber 1975 zurück. Die Verluste streuen zwischen 4,2 Punkten in Steinburg und 1,5 Punkten in Schleswig-Flensburg. Der Abstand zur SPD ist aber durchweg noch recht groß. Im ungünstigsten Kreis, in Pinneberg, macht er 5,8 Punkte aus. Der Vorsprung hat sich in allen Kreisen zusammen von 14,8 auf 10,8 Punkte verringert. Trotzdem konnte die CDU ihre absolute Mehrheit in den Kreisen zusammen mit 50,4 % knapp verteidigen.

Ein anderes Bild ergibt sich in den kreisfreien Städten. Hier waren zwar die Verluste der CDU nicht so groß wie in den Kreisen, die CDU liegt aber in keiner kreisfreien Stadt mehr vorn. Vor vier Jahren war ihr dies noch in Neumünster gelungen. In Neumünster mußte sie auch den größten Verlust unter den kreisfreien Städten hinnehmen (— 3,5 Punkte).

Vergleicht man das Ergebnis der Landtagswahl 1979 mit dem der Kreiswahl 1978, so ergibt sich für die CDU folgendes Bild: insgesamt gingen ihre Stimmenanteile um 0,9 Punkte, in den kreisfreien Städten um 2,0 Punkte und in den Kreisen um 0,5 Punkte zurück. An den Mehrheitsverhältnissen in den Kreisen hat sich nichts geändert, obwohl die CDU in der Mehrzahl der Kreise Einbußen, allerdings zumeist kleinere, hinnehmen mußte. Bei den kreisfreien Städten wurde sie auch in Flensburg und Lübeck von der SPD auf den zweiten Platz verdrängt.

Die **SPD** stellt 1979 in allen kreisfreien Städten die stärkste Partei und konnte in Kiel die 1975 verlorene absolute Mehrheit zurückerobern. In den Kreisen ist die Position der SPD, obwohl sie durchweg Gewinne verbuchen konnte, schwächer. Sie kam in keinem Kreis auch nur annähernd auf die Ergebnisse der CDU. Am besten schnitt sie in den Kreisen Pinneberg (42,3 %), Ostholstein (42,0 %) und Plön (41,9 %) ab. Sie blieb aber in fünf Kreisen unter einem Anteil von 40 %; 1975 sind es neun Kreise gewesen. Die Gewinne der SPD streuen ziemlich gleichmäßig um den Landesdurchschnitt von 1,6 Punkten. Nur in Neumünster ist er bedeutend höher: Er macht dort 3,9 Punkte aus.

Gegenüber der Kreiswahl 1978 haben sich die SPD-Anteile insgesamt und auch in den kreisfreien Städten und Kreisen zusammen nur unwesentlich geändert. Sie verbesserte sich im Landesergebnis um 1,2 Punkte, in den kreisfreien Städten um 1,3 Punkte und in den

**Stimmenverteilung der Landtagswahlen 1975 und 1979
in den Kreisen**

Kreis	Stimmenanteile der					
	CDU		SPD		FDP	
	in %					
	1975	1979	1975	1979	1975	1979
KREISFREIE STADT						
FLensburg	38,4	37,6	39,3	39,9	5,5	4,0
KIEL	42,8	41,2	49,1	50,2	7,1	5,4
LÜBECK	46,0	44,1	46,2	48,0	6,5	5,2
NEUMÜNSTER	47,6	44,1	44,8	48,7	6,7	4,7
Zusammen	43,9	42,1	46,2	47,8	6,6	5,0
Dithmarschen	55,8	52,8	36,5	38,9	6,3	5,3
Hzgt. Lauenburg	53,3	51,0	38,5	40,2	7,2	6,0
Nordfriesland	52,2	50,4	33,9	35,1	8,4	6,7
Ostholstein	52,5	50,6	40,2	42,0	6,4	5,5
Pinneberg	50,8	48,1	39,5	42,3	8,4	6,9
Plön	51,9	50,2	41,2	41,9	5,9	4,9
Rendsburg-Eckernförde	52,9	50,8	38,4	39,8	7,1	5,7
Schleswig-Flensburg	52,5	51,0	34,1	34,7	6,1	4,9
Segeberg	53,5	50,9	36,7	38,6	8,8	7,4
Steinburg	53,6	49,4	39,3	41,0	5,8	4,6
Stormarn	52,4	50,1	38,2	40,3	8,3	6,7
Zusammen	52,7	50,4	37,9	39,6	7,3	6,0
Schleswig-Holstein	50,4	48,3	40,1	41,7	7,1	5,7

Kreisen um 1,1 Punkte. Diese Veränderungen führten aber trotzdem dazu, daß die SPD der CDU die Mehrheit in Flensburg und Lübeck abnahm. In Kiel (– 0,1 Punkte), Hzgt. Lauenburg (– 0,2) und Plön (– 0,6) gingen die Anteile geringfügig zurück.

Die **FDP** erreichte bei der Landtagswahl 1979 in den kreisfreien Städten zusammen gerade die 5 %-Grenze, in Flensburg und Neumünster blieb sie sogar darunter. In den Kreisen kam sie insgesamt auf 6 %. Sie brachte es aber auch in Plön, Schleswig-Flensburg und Steinburg nicht auf 5%. Am besten schnitt sie in Segeberg mit 7,4 % und am schlechtesten in Flensburg mit 4,0 % ab. Vor vier Jahren hatte sie noch in Segeberg 8,8 % und in Nordfriesland und Pinneberg jeweils 8,4 % erzielt. Bei der Kreiswahl 1978 hatte sie in Segeberg sogar 10,9 % erhalten. Insgesamt verminderte sich ihr Anteil gegenüber der Kreiswahl 1978 um 1,6 Punkte.

Der **SSW** schnitt wie bisher in Flensburg mit 16,5 % (1975: 16,1 %) und in Schleswig-Flensburg mit 7,0 % (6,6 %) am besten ab. In seinem drittbesten Kreis Nordfriesland erhielt er 4,5 % (4,5 %) der gültigen Stimmen. Insgesamt (1,4 %) sowie in den kreisfreien

Städten (2,3 %) und Kreisen (1,1 %) blieben seine Anteile gegenüber 1975 unverändert. Im Vergleich zur Kreiswahl 1978 verschlechterte er sich sowohl insgesamt (– 0,3 Punkte) als auch in den kreisfreien Städten (– 0,7) und Kreisen (– 0,2).

Die erstmals bei einer Landtagswahl kandidierende **Grüne Liste** erhielt insgesamt 2,4 % der gültigen Stimmen und kam im Kreis Steinburg immerhin auf 4,3 %. Die übrigen Parteien blieben in allen kreisfreien Städten und Kreisen unter einem Stimmenanteil von einem Prozent.

Ergebnisse für Bundestagswahlkreise

Vergleiche von Ergebnissen unterschiedlicher Wahl-ebenen, und dabei besonders solche zwischen Landtags- und Bundestagswahlen, sind immer problematisch. Zum einen ist das Wahlsystem ein anderes (bei Landtagswahlen gibt es nur eine Stimme und bei Bundestagswahlen jeweils eine Stimme für den Wahlkreiskandidaten und eine für die Landesliste einer Partei) und zum anderen ist das Wählerverhalten wegen der unterschiedlichen landes- und bundespolitischen Aspekte verschieden. Im Wahlkreis 1 Flensburg-Schleswig spielt außerdem noch die Nichtkandidatur des SSW bei Bundestagswahlen eine Rolle. Weil aber nach solchen Vergleichen immer wieder gefragt wird, soll hier untersucht werden, wie das Ergebnis der Landtagswahl 1979 umgerechnet auf Bundestagswahlkreise im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 aussieht. Für den Vergleich werden die Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 1976 herangezogen, da diese noch am ehesten der einen Stimme bei Landtagswahlen entsprechen.

SPD nur in zwei Bundestagswahlkreisen an der Spitze

Die SPD hatte bei der Bundestagswahl 1976 mit 46,4 % der Zweitstimmen ihr zweitbestes Ergebnis aller Wahlen in Schleswig-Holstein erzielt. Sie war insgesamt und in sechs der elf Bundestagswahlkreise die stärkste Partei, und in den Bundestagswahlkreisen 5 Kiel (54,6 %) und 11 Lübeck (51,4 %) erhielt sie über die Hälfte der Stimmen. Bei der Landtagswahl 1979 entfielen auf sie 41,7 % der Stimmen, also 4,7 Prozentpunkte weniger als 1976. Sie konnte ihre Spitzenposition nur in Kiel (50,2 %) und Lübeck (48,0 %) halten und mußte sie in vier Wahlkreisen an die CDU abgeben. Besonders hoch war der Rückgang in den

Stimmenverteilung der Bundestagswahl 1976 und der Landtagswahl 1979 nach Bundestagswahlkreisen
(einschließlich Briefwähler)

Bundestagswahlkreis	Stimmenanteile ¹ der					
	CDU		SPD		FDP	
	in %					
	1976	1979	1976	1979	1976	1979
1 Flensburg – Schleswig	43,2	46,4	47,6	36,5	8,6	4,6
2 Nordfriesland – Dithmarschen-Nord	48,1	51,3	42,2	35,9	9,0	6,3
3 Steinburg – Dithmarschen-Süd	47,4	50,4	44,5	40,6	7,3	4,8
4 Rendsburg – Eckernförde	45,5	50,8	45,6	39,8	8,3	5,7
5 Kiel	36,1	41,2	54,6	50,2	8,4	5,4
6 Plön – Neumünster	43,5	47,7	48,2	44,6	7,6	4,8
7 Pinneberg	44,2	48,1	44,6	42,3	10,5	6,9
8 Segeberg – Stormarn-Nord	46,8	51,0	42,0	39,1	10,6	7,0
9 Ostholstein	46,2	50,6	45,5	42,0	7,6	5,5
10 Hzgt. Lauenburg – Stormarn-Süd	45,8	50,3	43,5	40,2	10,0	6,6
11 Lübeck	40,0	44,1	51,4	48,0	7,8	5,2
Schleswig-Holstein	44,1	48,3	46,4	41,7	8,8	5,7

1) 1976: Zweitstimmen

nördlichen Wahlkreisen und hier vor allem im Wahlkreis 1 Flensburg-Schleswig (– 11,1 Punkte). Das dürfte auf die Nichtkandidatur des SSW bei Bundestagswahlen zurückzuführen sein. Die Verluste in den anderen Wahlkreisen streuen zwischen 6,3 Punkten in 2 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord und 2,3 Punkten in 7 Pinneberg.

Die CDU ging bei der Bundestagswahl 1976 in dem Rennen um die Wählergunst als zweiter Sieger hervor. Sie erhielt insgesamt 44,1 % der Zweitstimmen und lag in fünf Wahlkreisen vorn. Sie erreichte aber in keinem Wahlkreis die absolute Mehrheit. Bei der Landtagswahl 1979 kam die CDU auf 48,3 % der gültigen Stimmen und verbesserte sich um 4,2 Punkte. Sie baute nicht nur ihren Vorsprung in den fünf 1976 behaupteten Wahlkreisen in eine absolute Mehrheit aus, sondern erreichte auch noch im Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde dieses Ergebnis und wurde in drei weiteren Wahlkreisen stärkste Partei. Die höchsten Anteile sprangen für sie in den Wahlkreisen 2 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord (51,3 %) und 8 Segeberg-Stormarn-Nord (51,0 %) heraus und den größten Sprung nach vorn tat sie im schon erwähnten Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde mit 5,3 Punkten. Am

schlechtesten schnitt die CDU sowohl 1976 als auch 1979 im Wahlkreis 5 Kiel mit 36,1 % und 41,2 % ab.

Die FDP verschlechterte sich gegenüber der Bundestagswahl 1976, als sie 8,8 % der Zweitstimmen erhalten hatte, um 3,1 Punkte auf 5,7 %. In den Wahlkreisen 1 Flensburg-Schleswig (4,6 %), 3 Steinburg-Dithmarschen-Süd (4,8 %) und 6 Plön-Neumünster (4,8 %) blieb sie sogar unter der 5%-Grenze. Am besten schnitt die FDP wie 1976 im Wahlkreis 8 Segeberg-Stormarn-Nord mit 7,0 % ab; 1976 hatte sie hier 10,6 % erreicht.

Die CDU würde nach dem auf Bundestagswahlkreise umgerechneten Landtagswahlergebnis 1979 neun statt fünf Wahlkreisabgeordnete stellen und die SPD entsprechend zwei statt sechs. Unterstellt man, daß Schleswig-Holstein wiederum 22 Abgeordnete in den Bundestag entsenden würde und läßt man die eigentliche Berechnung der Sitze nach den Bundesanteilen außer acht, so käme die CDU auf insgesamt elf Sitze, die SPD auf zehn Sitze und die FDP auf einen Sitz. Die CDU würde einen Sitz hinzugewinnen, die SPD ihre Sitzzahl halten und die FDP würde einen Sitz gegenüber der Bundestagswahl 1976 verlieren.

Ergebnisse für Gemeindegrößenklassen

Wahlbeteiligung sinkt
mit wachsender Gemeindegröße

Die Wahlberechtigten der kleinen Gemeinden gingen wie bisher häufiger zur Wahl als die der großen. Dazu muß bemerkt werden, daß es sich nur um Urnenwähler handelt, da die Briefwähler bei Landtagswahlen zentral in besonderen Briefwahlbezirken erfaßt werden und nicht den einzelnen Gemeinden zugeordnet werden können. Von den Urnenwählern gingen im Landesdurchschnitt 82,2 % zur Wahl. In den Gemeinden bis 1 000 Einwohner sind es 85,9 % gewesen und in denen unter 250 Einwohner sogar 86,8 %. Die Wahlbeteiligung sinkt kontinuierlich und macht bei den Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern nur noch 79,6 % aus. Insgesamt liegen die Gemeinden bis 10 000 Einwohner über dem Landesdurchschnitt. Auch wenn man die Briefwähler, die in den größeren Gemeinden in der Regel stärker vertreten sind, den Gemeinden zurechnen könnte, hätten die kleineren Gemeinden immer noch einen Vorsprung.

CDU erhielt in den kleinsten Gemeinden
über sechs Zehntel der Stimmen

Die Stimmenanteile der CDU sinken wie bisher mit wachsender Gemeindegröße und die der SPD steigen, jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, daß an den entgegengesetzten Endpunkten der Reihe — kleine zu großen Gemeinden — die Stimmenanteile bei der CDU um jeweils über zehn Prozentpunkte größer sind als die der SPD. In den Gemeinden bis 2 000 Einwohner erhielt die CDU die absolute Mehrheit und in denen unter 250 Einwohner sind es sogar über sechs Zehntel. Vergleicht man mit dem Landesergebnis der Urnenwähler (47,8 %), so liegen die Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohner (45,2 %) und die noch größeren (41,5 %) unter dem Landesdurchschnitt. Gegenüber der Landtagswahl 1975 verringerten sich die Stimmenanteile der CDU in allen Größenklassen. Die Verluste waren in den kleineren Gemeinden höher als in den großen. Die CDU verlor die absolute Mehrheit in den Gemeinden zwischen 2 000 und 20 000 Einwohnern. Die Einbußen streuen zwischen 1,9 Punkten in den Größenklassen

Stimmenverteilung der Landtagswahlen 1975 und 1979 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Stimmenanteile der					
	CDU		SPD		FDP	
	in %					
	1975	1979	1975	1979	1975	1979
Gemeinden mit ... Einwohnern						
unter 250	65,9	62,7	26,1	28,5	5,6	4,4
250 — 500	62,1	59,0	30,7	32,8	5,3	4,3
500 — 750	58,9	56,1	33,1	35,4	5,7	4,7
750 — 1 000	57,7	54,3	33,8	36,6	6,4	5,0
1 000 — 2 000	54,7	52,8	36,4	37,8	6,3	5,2
2 000 — 3 000	52,4	49,7	37,8	40,7	7,5	5,9
3 000 — 5 000	51,3	48,7	39,8	41,0	7,0	5,8
5 000 — 10 000	51,2	48,5	38,8	41,4	7,4	5,9
10 000 — 20 000	50,3	48,4	40,6	42,3	7,8	6,3
20 000 — 50 000	47,4	45,2	42,0	44,2	8,3	6,5
50 000 und mehr	43,6	41,5	46,6	48,5	6,8	5,2
Zusammen	50,0	47,8	40,5	42,4	7,1	5,6
dazu Briefwahl	55,0	52,1	34,3	35,4	7,7	7,0
Schleswig-Holstein	50,4	48,3	40,1	41,7	7,1	5,7

1 000 bis 2 000 sowie 10 000 bis 20 000 Einwohner und 3,4 Punkten in der Größenklasse 750 bis 1 000 Einwohner.

Die SPD konnte wie 1975 in keiner Größenklasse die absolute Mehrheit erreichen. Ihr Anteil lag nur bei den Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern — das sind die vier kreisfreien Städte und Norderstedt — über dem der CDU. Hier erhielt sie 48,5 % der Stimmen und die CDU 41,5 %. Bis auf die Größenklasse 20 000 bis 50 000 Einwohner (44,2 % zu 45,2 %) ist der Rückstand zur CDU relativ groß. Er beläuft sich in der kleinsten Größenklasse auf 34,2 Punkte. Der Abstand hat sich aber gegenüber 1975 in allen Größenklassen verringert, weil die SPD durchweg Gewinne verbuchen konnte und die CDU umgekehrt Verluste hinnehmen mußte. Am größten waren die SPD-Gewinne in den Größenklassen 2 000 bis 3 000 (+ 2,9 Punkte) und 750 bis 1 000 Einwohner (+ 2,8 Punkte).

Die Stimmenanteile der FDP schwanken zwischen 4,3 % (200 bis 500 Einwohner) und 6,5 % (20 000 bis 50 000 Einwohner). Die FDP blieb in den kleineren Gemeinden unter der 5 %-Grenze und verschlechterte sich gegenüber 1975 in allen Größenklassen. Am relativ besten schnitt sie wie 1975 in den Mittelstädten mit 6,5 % (1975: 8,3 %) ab.

Besondere Gemeindeergebnisse

In 17 Gemeinden gingen fast alle Bürger zur Wahl

Eine 100prozentige Wahlbeteiligung tritt sehr selten auf und dann auch nur in kleineren Gemeinden. Bei der diesjährigen Landtagswahl ist dieser Fall nicht eingetreten. Vor vier Jahren hatten alle 44 Wahlberechtigten der Gemeinde Krummendiek im Kreis Steinburg ihre Stimme abgegeben. In 17 meist kleineren Gemeinden wurde diese Quote 1979 fast erreicht. In zwei von ihnen ging nur jeweils ein Bürger nicht zur Wahl; und zwar beteiligten sich in Bergenwöhrden, Kreis Dithmarschen, 25 von 26 Wahlberechtigten und in Friedrichsgraben, Kreis Rendsburg-Eckernförde, 36 von 37. Hier ist sogar eine 100prozentige Wahlbeteiligung denkbar, denn ein Bürger hat Wahlscheinunterlagen erhalten und kann seine Stimme mittels Briefwahl abgegeben haben. Es gibt aber auch Gemeinden, in denen kaum mehr als die Hälfte der Bürger zur Wahl gingen. In Kampen auf Sylt waren es 372 von 672 oder 55,4 %. Hier ist allerdings der Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlscheinvermerk recht groß.

Er beläuft sich auf 151 Wahlberechtigte oder 22,5 %; im Landesdurchschnitt sind es dagegen 9,4 %. Da diese Wahlberechtigten in der Regel mittels Briefwahl wählen und somit, auch wenn sie wählen, nicht bei der Gemeinde als Wähler zählen, gibt die übliche Berechnung der Wahlbeteiligung ein unechtes Bild. Setzt man die Zahl der Wähler in Bezug zu den Wahlberechtigten ohne Wahlscheinvermerk, so ergibt sich für Kampen eine Quote von 71,4 %. Sie liegt aber immer noch deutlich unter dem vergleichbaren Landesdurchschnitt von 82,2 %.

CDU erhielt in sechs Gemeinden über 90 % der Stimmen

Ebenso selten wie eine 100prozentige Wahlbeteiligung ist der 100prozentige Erfolg einer Partei. Bei der Landtagswahl 1975 hatte die CDU dieses Ergebnis in zwei Gemeinden erzielt. Dieses Mal gelang ihr der totale Erfolg zwar in keiner Gemeinde, sie erhielt aber in Elisabeth-Sophien-Koog, Kreis Nordfriesland, 26 der 27 Stimmen und in Süderhöft, Kreis Nordfriesland, 11 der 12 Stimmen. In vier weiteren Gemeinden, die alle weniger als 100 Wahlberechtigte aufweisen, kam sie auf über 90 % der Stimmen. In weiteren 64 Gemeinden belief sich der CDU-Anteil auf über drei Viertel und in weiteren 744 Gemeinden auf über die Hälfte. In weiteren 185 Gemeinden erhielt die CDU zwar weniger als die Hälfte der Stimmen, ist aber die stärkste Partei. Insgesamt liegt die CDU in 999 oder fast neun Zehntel aller Gemeinden an der Spitze, darunter befinden sich aber nur drei Gemeinden mit 10 000 und mehr Wahlberechtigten und zwar: Mölln mit 50,3 % (1975: 52,2 %), Quickborn mit 50,9 % (54,1 %) und Bad Segeberg mit 53,5 % (55,9 %). Vor vier Jahren ist dies noch in Heide, Eutin, Bad Oldesloe, Ahrensburg, Bad Schwartau und Reinbek der Fall gewesen.

In drei Gemeinden hat die CDU die gleiche Stimmenzahl erhalten wie die SPD und zwar in Hedwigenkoog, Kreis Dithmarschen (jeweils 77), Grove, Kreis Hztg. Lauenburg (jeweils 57) und Rügge, Kreis Schleswig-Flensburg (jeweils 59). In der Gemeinde Wiedenborstel, Kreis Steinburg, liegt sie mit der Grünen Liste gleich auf. Beide erhielten jeweils zwei der fünf gültigen Stimmen.

Die CDU erhielt in allen Gemeinden Stimmen. Am schlechtesten schnitt die CDU in Arnis, Kreis Schleswig-Flensburg, mit 31,1 % und in Lägerdorf, Kreis Steinburg, mit 32,7 % ab.

Die SPD kam in keiner Gemeinde auch nur annähernd auf drei Viertel der gültigen Stimmen. Über sechs Zehntel der Stimmen erhielt sie in Wendtorf, Kreis Plön, Krempel, Kreis Dithmarschen, Landkirchen auf Fehmarn und Lägerdorf, Kreis Steinburg. In weiteren 54 Gemeinden stimmten über die Hälfte der Wähler für die SPD. Die größten Gemeinden darunter sind außer Kiel Glinde (1979: 51,2 %; 1975: 46,1 %), Glückstadt (51,4 %; 49,8 %) und Büdelsdorf (52,4 %; 51,6 %). In weiteren 64 Gemeinden erhielt die SPD zwar weniger als die Hälfte der Stimmen, ist aber stärkste Partei. Insgesamt hat die SPD in 122 Gemeinden oder jeder zehnten die Spitzenposition inne.

In vier Gemeinden erhielt die SPD keine Stimme und zwar: Elisabeth-Sophien-Koog und Süderhöft, Kreis Nordfriesland, sowie Kaisborstel und Wiedenborstel, Kreis Steinburg. In Süderhöft und Wiedenborstel hatte sie auch 1975 keine Stimmen erhalten.

Die FDP konnte nur in Vollerwiek, Kreis Nordfriesland, über ein Viertel der Stimmen für sich gewinnen (25,8%). Vor vier Jahren belief sich ihr Anteil dort auf 30,0 %. Am zweitbesten schnitt die FDP in Kotzenbüll, Kreis Nordfriesland, mit 24,1 % ab (1975: 30,9 %). Diese

beiden Gemeinden haben ihre Plätze als FDP-Spitzen-gemeinde getauscht.

Der SSW schnitt wie 1975 in Vollerwiek und Harrislee am besten ab. Er erhielt dort 22,6 % (1975: 25,4 %) und 21,5 % (22,9 %) der gültigen Stimmen.

Von den anderen Parteien kam nur die Grüne Liste auf Anteile von über einem Fünftel. Die Grüne Liste erhielt in Wiedenborstel 40 % der gültigen Stimmen, das sind allerdings, wie schon erwähnt, zwei von fünf Stimmen. Außerdem stimmten in Dammfleth, Kreis Steinburg, 51 oder 21,7 % der Wähler für sie. Die NPD erzielte ihren größten Anteil in Bornholt, Kreis Rendsburg-Eckernförde, mit 5,1 % und die DKP in Krukow, Kreis Hzgt. Lauenburg, mit 3,7 %.

Die Ergebnisse für jede einzelne Gemeinde sind im Statistischen Bericht B VII 2 — 5/79 „Endgültiges Ergebnis“ veröffentlicht.

Walter Dahms

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht B VII 2 — 5/79. Vergleiche auch: „Landtagswahl 1975 (Teil 2: Regionale Ergebnisse)“ in dieser Zeitschrift, Heft 7/1975, S. 156.

Die Einkommen und ihre Besteuerung 1974

(Siehe auch Seite 164)

Die Einkommensteuerstatistik ist — wie alle Steuerstatistiken — eine Sekundärstatistik. Sie wird aus Unterlagen der Finanzverwaltung zusammengestellt, die dort primär für steuerliche Zwecke anfallen. Für die Erhebung des Kalenderjahres 1974 waren aus erhebungstechnischen Gründen zwei Materialteile zu unterscheiden:

- Soweit die Einkommensteuer im maschinellen Verfahren berechnet wurde, lieferte die Finanzverwaltung anonymisierte Magnetbänder, die sämtliche für die Aufbereitung der Statistik benötigten Daten enthielten. Auf ihnen waren die Daten von etwa 98 % der statistisch erfaßten veranlagten Einkommensteuerpflichtigen gespeichert.
- Für jeden manuell zur Einkommensteuer Veranlagten legten die Finanzämter wie auch 1968 und 1971 ein anonymes statistisches Blatt an, dessen Form und Inhalt weitgehend dem Einkommensteuerbescheid entsprach. Manuell wurden im Kalender-

jahr 1974 noch knapp 2 % aller erfaßten Steuerpflichtigen veranlagt. Zur gesonderten Erfassung der Personengesellschaften und Gemeinschaften dienten ausschließlich statistische Blätter.

Sämtliche dem Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten Materialien wurden über maschinelle Datenträger mit Hilfe einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage aufbereitet und ausgewertet.

Erhebungseinheit und Erhebungsumfang in der Einkommensteuerstatistik sind weitgehend durch die Bestimmungen des Steuerrechts abgegrenzt. Nach dem Einkommensteuergesetz (§ 1) sind natürliche Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig. Die Einkommensteuerpflicht erstreckt sich auf sämtliche Einkünfte. Da Ehegatten in der Regel zusammen veranlagt werden, läßt sich aus der Erhebungseinheit „Veranlagter“ nicht ableiten, von wie vielen natürlichen Personen die festgestellten Einkünfte erzielt worden

sind. Bekanntlich werden Ehegatten nicht nur dann zusammen veranlagt, wenn sie beide Einkünfte erzielt haben, sondern auch dann, wenn dies nur für einen Ehepartner zutrifft. Regional wird der Steuerpflichtige nach dem Wohnortprinzip zugeordnet, d. h. er wird mit seinem Einkommen dort erfaßt, wo er seinen ständigen Wohnsitz hat. Der Ort der Entstehung des Einkommens (z. B. Arbeitsort) ist dabei ohne Bedeutung. Für den Zeitraum 1974 gab es 382 284 Veranlagungsfälle mit unbeschränkter Steuerpflicht, von denen 8 502 kein Einkommen (Verlustfälle) und 17 095 ein so geringes Einkommen hatten, daß sie von der Steuer befreit wurden. Bei weiteren 13 126 in den Veranlagungslisten enthaltenen Fällen wurde keine Veranlagung durchgeführt, weil offenkundig war, daß die Steuerfreigrenze von 1 710 DM (Grundtabelle) oder 3 420 DM (Splittingverfahren) nicht überschritten wird (Nichtveranlagte).

Außerdem wurden für den Zeitraum 1974 1 188 Veranlagungen für beschränkt Steuerpflichtige durchgeführt, also für natürliche Personen, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Der Steuer unterliegen dabei nur die inländischen Einkünfte. Diese 962 Fälle mit und 226 Fälle ohne Einkommen sind in den folgenden Angaben und Ausführungen nicht enthalten.

Personengesellschaften und Gemeinschaften (vor allem offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) unterliegen nach dem Gesetz nicht direkt der Einkommensteuerpflicht; ihre Gewinne werden bei der Veranlagung der einzelnen Gesellschafter steuerlich erfaßt. Vorher hat die Personengesellschaft (Gemeinschaft) dem Finanzamt eine Steuerbilanz einzureichen, aufgrund derer gemäß § 215 AO eine einheitliche Gewinnfeststellung stattfindet, die die Grundlage für die Heranziehung der einzelnen Gesellschafter abgibt. Die Erfassung der Personengesellschaften (Gemeinschaften) mit ihren Einkünften im Rahmen der Einkommensteuerstatistik dient nur zur zusätzlichen Information, denn ihre Gewinne und deren Besteuerung erscheinen in der Darstellung der natürlichen Personen als Einkünfte der einzelnen Gesellschafter. Im Veranlagungszeitraum 1974 gab es 12 059 solcher Personengesellschaften. Deren Gesamtbetrag der Einkünfte von 1,245 Mrd. DM entstammt den Gewinnen aus Gewerbebetrieb (87,5 %), aus selbständiger Arbeit (7,1 %) und aus Land- und Forstwirtschaft (1,8 %) sowie den Überschusseinkünften aus Vermietung und Verpachtung unbeweglichen Vermögens (3,5 %) und aus mitverwalteten Einkünften (0,2 %), insbesondere aus Kapitalvermögen.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte der Personengesellschaften verteilt sich auf die Gesellschafter als natürliche Personen, die diese Einkünfte ebenso nach der Entstehungsart differenziert angeben müssen. Die Gesellschafter oder Mitunternehmer können ihren Wohnsitz außerhalb Schleswig-Holsteins haben, so daß ein Teil der Einkünfte aus Beteiligungen an schleswig-holsteinischen Personengesellschaften in der Einkommensteuerstatistik des Landes nicht ausgewiesen wird, im umgekehrten Fall aber Einkünfte aus der Beteiligung an Personengesellschaften mit Sitz außerhalb des Landes enthalten sein können.

Für die Veranlagung 1974 galt das Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 15. August 1974 (EStG 1974). Grundsätzlich unterliegen alle Einkünfte aus den sieben im § 2 des EStG aufgeführten Einkunftsarten der Einkommensteuer:

1. Land- und Forstwirtschaft
2. Gewerbebetrieb
3. Selbständige Arbeit
4. Nichtselbständige Arbeit
5. Kapitalvermögen
6. Vermietung und Verpachtung
7. Sonstige Einkünfte.

Durch eine Vielzahl von Vorschriften des Steuerrechts wird der Umfang der erhobenen Einkünfte jedoch wieder erheblich eingeschränkt. So sind u. a. nicht erfaßt:

- Die Einkünfte der Nv-Fälle (Nichtveranlagte). Hier meldeten die Finanzämter lediglich die Zahl der Fälle. Ein Nv-Fall liegt insbesondere dann vor, wenn bei einem unbeschränkt in der Veranlagungsliste verzeichneten Steuerpflichtigen sich ohne besondere Prüfung ergibt, daß der zu versteuernde Einkommensbetrag bei Anwendung der Grund-Tabelle weniger als 1 710 DM, bei Anwendung der Splitting-Tabelle weniger als 3 420 DM beträgt, also unter der Steuerfreigrenze liegt.
- Die Einkünfte der Steuerpflichtigen, deren Einkommen ganz oder fast ganz aus nichtselbständiger Arbeit besteht und die in § 46 EStG vorgeschriebenen Höchstsätze nicht erreicht. Sie sind in der Lohnsteuerstatistik erfaßt worden.
- Die steuerfreien Einnahmen nach den §§ 3 — 3c des Einkommensteuergesetzes. Der Katalog des § 3 allein umfaßt mehr als 60 Punkte. Hiervon seien nur einige wesentliche steuerfreie Einnahmen genannt: Bestimmte Leistungen aus der Sozialversicherung und aus der Arbeitslosenfürsorge, Kapital-

abfindungen aufgrund der gesetzlichen Rentenversicherung, der Wehrsold, die Kriegsoferversorgung, Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz, Wiedergutmachungsleistungen nach den gesetzlichen Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, Aufwandsentschädigungen, die von öffentlichen Kassen für hoheitliche Dienste gezahlt werden, Stipendien aus öffentlichen Mitteln zur Förderung der Forschung oder wissenschaftlichen Ausbildung. Ferner sind die Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren steuerfrei, die insbesondere nach dem Kriege bis Ende 1954 zur Finanzierung staatspolitisch dringender Aufgaben ausgegeben wurden.

- Der größte Teil der Bezüge der Rentner. Die Renten gelten zwar steuerrechtlich als sonstige Einkünfte. § 22 EStG schreibt aber vor, daß sie nur mit dem Ertragsanteil zu versteuern sind. Dieser richtet sich nach dem Lebensalter des Rentenberechtigten bei Beginn der Rente. Er beträgt z. B. 20 % des Jahresbetrages der Rente, wenn der Rentenbezug mit dem vollendeten 65. Lebensjahr begonnen hat. Der Ertragsanteil ist in der Regel so niedrig, daß Rentner mit ihrem zu versteuernden Einkommensbetrag unter der Freigrenze bleiben und dementsprechend nicht veranlagt werden, wenn sie nicht außerdem erhebliche Nebeneinkünfte erzielen oder die Rentenbezüge außerordentlich hoch sind.
- Der größte Teil der Bezüge der Pensionäre. Die Pensionen werden steuerrechtlich anders als die Renten behandelt; sie gelten als Einkünfte aus einem früheren Arbeitsverhältnis und zählen dementsprechend zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit. Für sie gilt das oben Gesagte, d. h. von der Einkommensteuerstatistik werden Pensionen nur dann erfaßt, wenn entweder der Pensionär außerdem erhebliche Nebeneinkünfte erzielt oder die Pension außerordentlich hoch ist. In der Regel sind Pensionäre lohnsteuerpflichtig und in der Lohnsteuerstatistik erfaßt.

Die 373 782 Steuerpflichtigen (Veranlagungsfälle) mit unbeschränkter Steuerpflicht und mit Einkommen bezogen aus den sieben genannten Quellen 606 042 Einkünfte von insgesamt 14 121 Mrd. DM („Summe der Einkünfte“). Der Quotient aus den Fallzahlen der Einkünfte und der Veranlagungen ergab wie 1971 den Wert 1,6. Er ist ein grober Anhaltspunkt für die Streuung der Einkünfte auf die verschiedenen Quellen und läßt den Schluß zu, daß in etwa jedem zweiten Veranla-

Einkünfte 1974 nach der Einkunftsart

Nur unbeschränkt Steuerpflichtige

Einkunftsart	Fälle		Summe der Einkünfte		
	Anzahl	%	Mill.DM	%	je Fall in 1 000 DM
Land- und Forstwirtschaft	16 748	2,8	353	2,5	21,1
Gewerbebetrieb	70 053	11,6	2 523	17,9	36,0
Selbständige Arbeit	21 998	3,6	842	6,0	38,3
Nichtselbständige Arbeit	314 583	51,9	9 702	68,7	30,8
Kapitalvermögen	68 190	11,3	294	2,1	4,3
Vermietung und Verpachtung	53 431	8,8	260	1,8	4,9
Sonstige Einkünfte	61 039	10,1	147	1,0	2,4
Insgesamt	606 042	100	14 121	100	23,3

gungsfall Einkünfte aus mindestens zwei verschiedenen Arten vorlagen, sofern die nicht bekannte Zahl der Steuerpflichtigen mit drei oder mehr Einkunftsarten als nicht allzu groß angenommen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß je Veranlagungsfall Einkünfte unterschiedlicher Herkunft, aber gleicher Quellenart, schon zu einem Einkunftsfall zusammengefaßt sind. Das ist insbesondere bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten von Bedeutung. Da in 83 % der Veranlagungen die Splittingtabelle angewendet wurde, ist die Heterogenität der Einkünfte höher, als es die Fallzahl der Einkünfte und ihr Verhältnis zur Zahl der Veranlagungen zum Ausdruck bringen.

Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit machten einen Anteil an der Fallzahl von 51,9 % und an der Summe der Einkünfte von 68,7 % aus. 11,6 % aller Einkunftsfälle und 17,9 % der Summe der Einkünfte stammten aus Gewerbebetrieb. Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit waren nicht besonders zahlreich (3,6 % der Fälle), hatten aber den höchsten Durchschnittsbetrag je Fall (38 278 DM) und an der Summe der Einkünfte einen Anteil von 6,0 %. Jeder dritte Einkunftsfall war den übrigen vier Quellen zuzuordnen, deren Anteil an der Summe der Einkünfte betrug zusammen aber nur 7,4 %. 2,5 Prozentpunkte davon entfielen auf die Land- und Forstwirtschaft, die für 3,1 % der Steuerpflichtigen die überwiegende Einkunftsquelle war.

Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft ist allerdings vor dem Hintergrund der speziell für diesen Bereich

DIE SÄUGLINGS UND IHR GEBURTSGEWICHT 1978

1978 wurden 23 185 Kinder lebend geboren. Von ihnen und den Lebendgeborenen des Vorjahres starben 1978 340 Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres, woraus sich eine Säuglingssterblichkeit von 14,6 je 1 000 Lebendgeborene errechnet. 139 Kinder kamen tot zur Welt.

Von den 23 324 Lebend- und Totgeborenen stammen 22 860 aus Einzelgeburten und 464 oder 2 % aus Mehrlingsgeburten. 8 % aller Kinder wurden nichtehelich geboren.

Das Geburtsgewicht der Geborenen, worunter hier und im Folgenden nur die Einzelgeburten verstanden sein sollen, streut über einen weiten Bereich. Die Wahrscheinlichkeit, ein Kind mit extremem Geburtsgewicht zu bekommen, ist andererseits recht gering. Sieben Zehntel aller 1978 geborenen Jungen und Mädchen wogen zwischen 3 000 und 4 000 g. Am häufigsten waren bei den Jungen Geburtsgewichte um 3 450 g, dem Mittelwert. Die Graphen für Jungen und Mädchen ähneln sich sehr, wegen des im Durchschnitt leichteren Gewichts der Mädchen (3 350 g) ist ihre Kurve jedoch etwas nach links versetzt.

Das Geburtsgewicht erweist sich anhand des Kurvenverlaufs als ziemlich normalverteiltes Merkmal, auch daran, daß im Bereich von einer Standardabweichung um das Mittel sich rund sieben Zehntel aller Geborenen gruppieren.

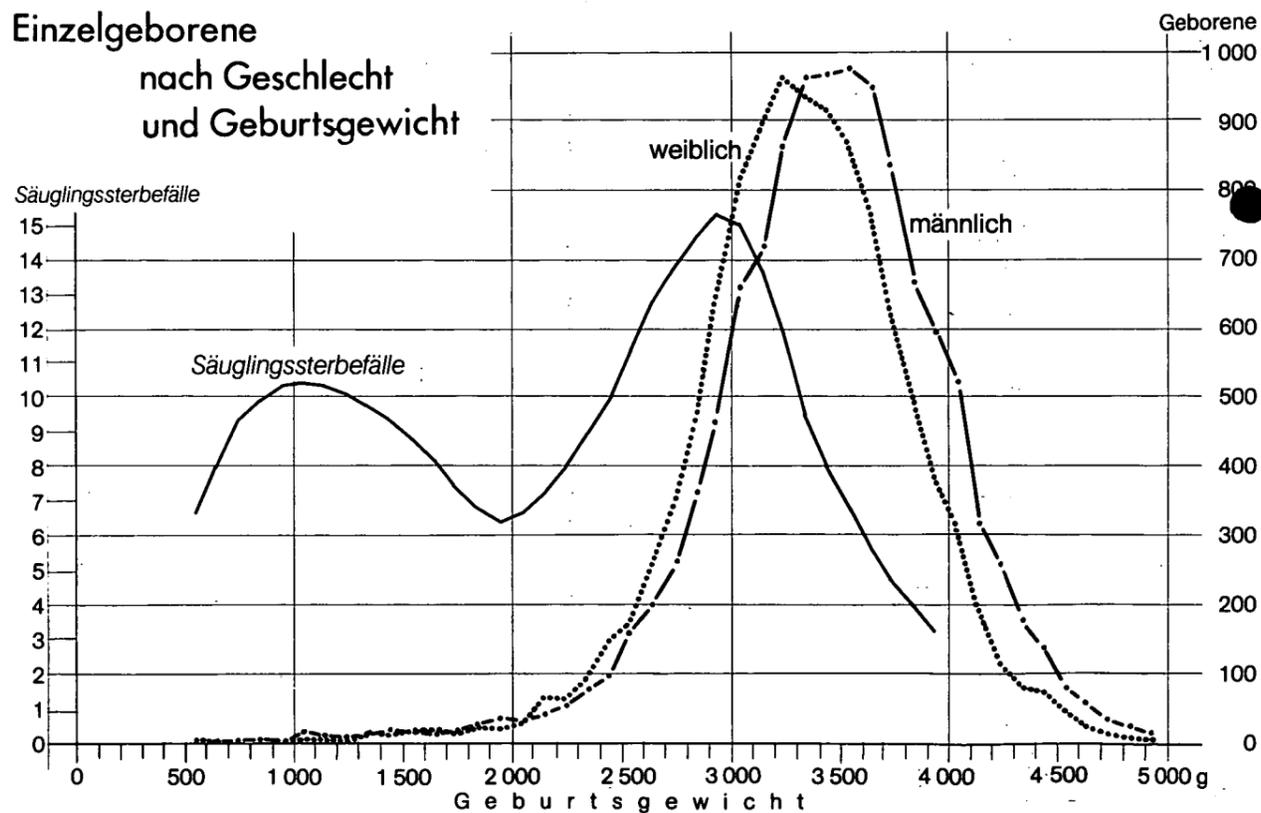
So wie die meisten Geborenen zwischen 3 000 und 4 000 g wiegen, weisen sieben Zehntel aller Neugeborenen des Jahres 1978 eine Körperlänge zwischen 50 und 55 cm auf. Auf die angrenzenden Gruppen der kleineren und größeren Kinder entfallen zusammen rund ein Viertel aller Neugeborenen. Fast doppelt so viele Jungen wie Mädchen sind über 55 cm lang. Daraus erklärt sich u. a. auch das höhere Durchschnittsgewicht der Jungen.

Die nach dem Geburtsgewicht geordneten Säuglingssterbefälle des Jahres 1978 — die Beschränkung auf Einzelgeburten wird ab jetzt fallengelassen —, ergeben einen bimodalen Kurvenzug. Es starben, wie die Grafik hierunter zeigt, vor allem Säuglinge mit niedrigem und ganz niedrigem Gewicht. Da nur wenige Säuglinge mit solchem Gewicht geboren werden, muß die Sterblichkeit dort sehr hoch sein. Die für das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vorgenommene Sonderauszählung der Säuglingssterbefälle des Jahres 1973 ergab für die Säuglingssterblichkeit nach dem Gewicht einen U-förmigen Kurvenzug: die höchste Sterblichkeit errechnete sich für die bei der Geburt Leichtesten; die mit einem Gewicht um 4 000 g geboren wurden, wiesen die niedrigste Sterblichkeit auf; mit zunehmendem Geburtsgewicht stieg die Sterblichkeit wieder an, ohne jedoch die Anfangswerte zu erreichen.

Die Niedriggewichtigen haben nicht nur die geringste Überlebenswahrscheinlichkeit; sterben sie als Säugling, so ist ihre Lebensspanne auch erheblich kürzer als die der schwereren Säuglinge, die kein Jahr alt wurden. Vier Zehntel der Kinder mit einem Geburtsgewicht unter 2 500 g, die als Säugling starben, wurden keine 24 Stunden alt, fast sieben Zehntel keine 7 Tage. Von den im Säuglingsalter gestorbenen Kindern mit mindestens 2 500 g Geburtsgewicht wurden über sechs Zehntel immerhin älter als vier Wochen.

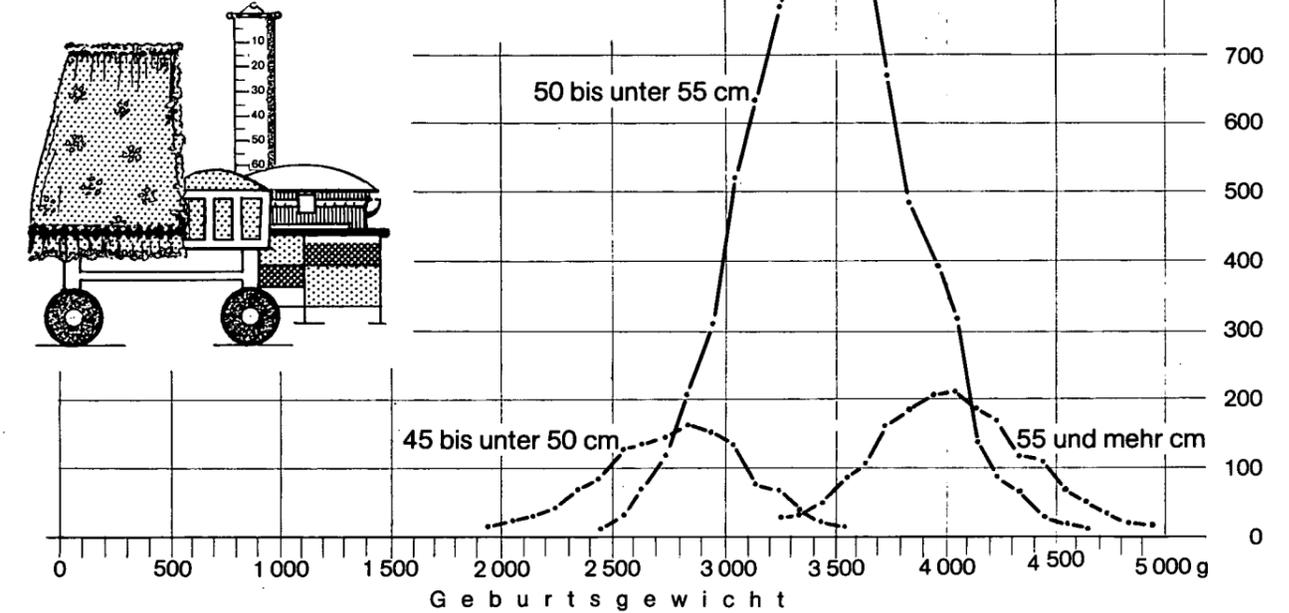
Von den Säuglingen unter fünf Pfund Geburtsgewicht, die das erste Lebensjahr nicht vollendeten, starb fast jeder zweite an einer hypoxischen Krankheit, wegen nicht näher bezeichneter Unreife und sonstiger Zustände des Fetus. Dieselben Ursachen lösten nur jeden vierten bis fünften Sterbefall der bei Geburt schwereren Säuglinge aus. Unter den Begriff Hypoxie fallen die verschiedenen Formen von Sauerstoffmangel in Geweben; die Säuglinge starben vor allem an schweren Atemstörungen. Umgekehrte Verhältnisse gelten für die Sterbefälle infolge angeborener Mißbildungen. Von den schwereren Säuglingen, die kein Jahr alt wurden, starben ein Drittel an einer angeborenen Mißbildung, unter den leichteren waren es mit 17 % nur halb so viele.

Einzelgeborene nach Geschlecht und Geburtsgewicht

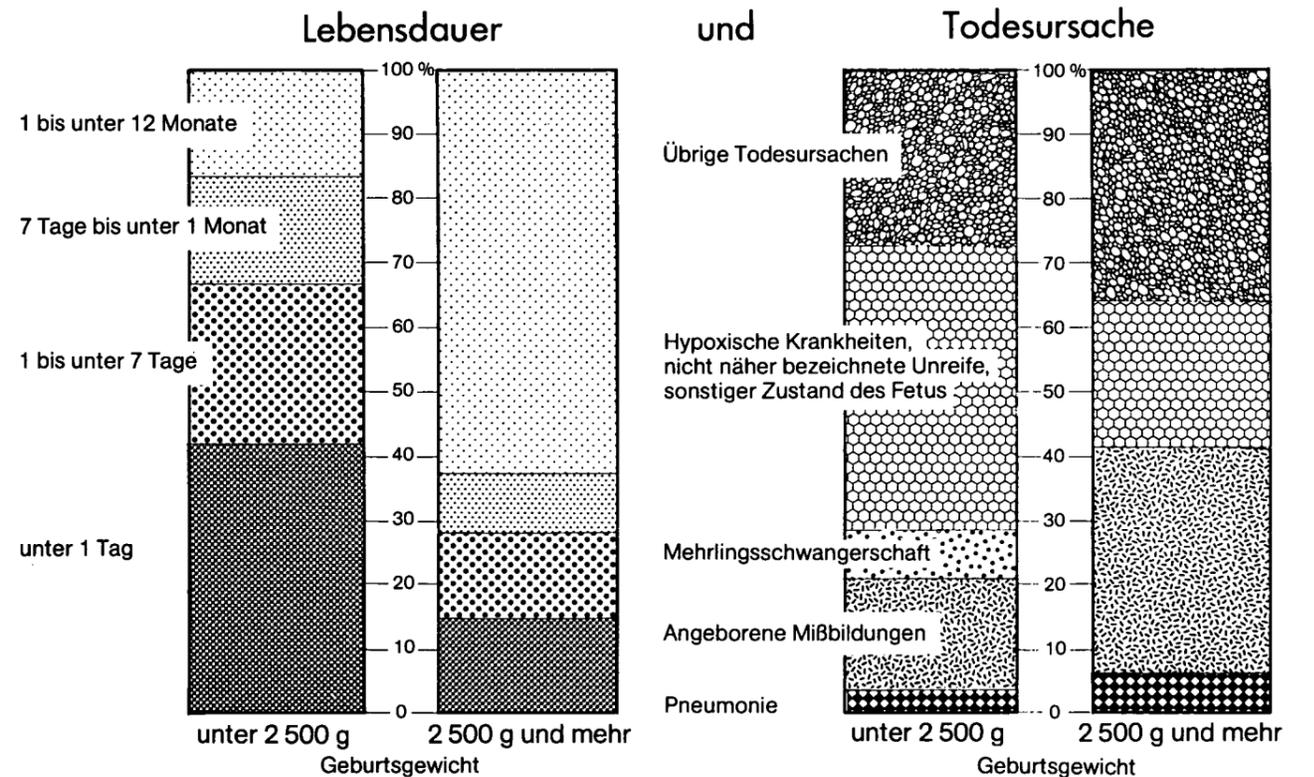


GRAFIK DES MONATS JULI 1979

Männliche Einzelgeborene nach Gewicht und Körperlänge



Gestorbene Säuglinge nach Geburtsgewicht,



Die Verschränkung von Einkunftsart überhaupt und als überwiegende Quelle 1974

Unbeschränkt Steuerpflichtige

Einkunftsart	Einkünfte der Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus						
	Land- und Forstwirtschaft	Gewerbebetrieb	selbstständiger Arbeit	nichtselbstständiger Arbeit	Kapitalvermögen	Vermietung und Verpachtung	sonstigen Einkünften
	1 000 DM						
Land- und Forstwirtschaft	330 228	6 582	353	10 709	2 033	2 997	420
Gewerbebetrieb	4 570	2 408 258	6 662	86 534	7 167	8 339	1 362
Selbständige Arbeit	859	7 117	773 328	56 047	2 147	2 133	413
Nichtselbständige Arbeit	7 573	196 720	50 590	9 420 645	12 341	9 483	4 379
Kapitalvermögen	11 432	73 611	23 781	56 804	107 527	14 948	5 530
Vermietung und Verpachtung	5 132	52 199	7 569	46 820	9 994	132 486	5 973
Sonstige Einkünfte	2 053	13 442	2 450	59 637	8 498	9 093	51 546
Insgesamt	361 847	2 757 929	864 733	9 737 196	149 707	179 479	69 623

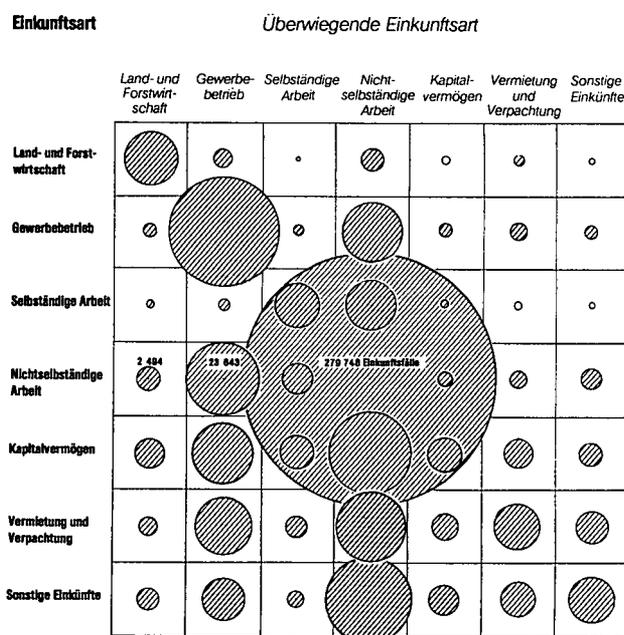
geltenden Steuerbestimmungen zu sehen: 1974 bestanden in Schleswig-Holstein etwa 42 000 Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, es wurden aber nur 16 748 Veranlagungen mit Einkünften dieser Art durchgeführt. In 7 414 Fällen (44 %) lagen dafür Buchführungsangaben zugrunde, in 6 500 Fällen (39 %) wurde der Gewinn aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit nach Durchschnittssätzen ermittelt (§ 13a EStG), in den übrigen etwa 2 800 Veranlagungsfällen wurden diese Einkünfte geschätzt. In der genannten Betriebszahl von 42 000 sind allerdings jene Steuerpflichtigen enthalten, die zwar wirtschaftssystematisch zum Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei gehören, aber steuerlich als Gewerbebetrieb gelten (z. B. Schweinemästereien, Nerzfarmen u. ä.). Ihre Zahl liegt für 1974 nicht vor, in Anlehnung an die Einkommensteuerstatistik 1971 wird sie aber bei etwa 1 500 vermutet. Unter Berücksichtigung auch der 1 870 Verlustfälle mit land- und forstwirtschaftlichen Einkünften läßt sich feststellen, daß nur etwa jeder zweite land- und forstwirtschaftliche Betrieb Gegenstand einer Einkommensteuerveranlagung war.

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und die sonstigen Einkünfte waren in der Mehrzahl der Fälle nicht die überwiegenden. Der Durchschnittsbetrag je Einkunftsfall lag jeweils unter 5 000 DM. Für immerhin 6,2 % der Einkommensteuerpflichtigen war aber eine dieser drei Quellen die Haupteinkunftsart. Sie erwarben die Hälfte des Einkunftsbeitrages, der auf diese Arten entfiel. Die nichtselbstän-

dige Arbeit war in drei Vierteln aller Veranlagungsfälle die überwiegende, in etwa drei Fünfteln davon auch die einzige Einkunftsart. Diese Steuerpflichtigen hatten aus nichtselbständiger Arbeit Einkünfte in einer durchschnittlichen Höhe von 33 675 DM. Überwiegend aus Gewerbebetrieb haben 13,5 % der Einkommensteuer-

D - 5049

Einkunftsfälle der Steuerpflichtigen 1974



pflichtigen Einkünfte bezogen, weitere 2,3 % überwiegend aus selbständiger Arbeit.

Die Struktur der Einkunftsarten verschiebt sich, wenn man die Daten der Lohnsteuerstatistik einbezieht: 1974 gab es 826 679 Lohnsteuerpflichtige (wie bei der Einkommensteuer sind die Splittingfälle nur einfach gezählt). Der gesamte Bruttolohn betrug 19,1 Mrd. DM, davon sind 9,7 Mrd. DM die dem Quellenabzug unterliegenden und auch in der Lohnsteuerstatistik enthaltenen Arbeitnehmereinkünfte der zur Einkommensteuer Veranlagten. Die bei der Ermittlung der Lohn- und Einkommensteuer 1974 angefallenen Werte ergeben also 23,5 Mrd. DM als Summe aller Einkünfte der Schleswig-Holsteiner. Die nichtselbständige Arbeit hatte daran einen Anteil von 81,3 %. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ermittelte für Schleswig-Holstein 1974 ein Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) von rund 30 Mrd. DM. Wenn man vernachlässigt, daß gewisse nicht zum Volkseinkommen gehörige Transferzahlungen, wie z. B. die Pensionen und die Ertragsanteile der Renten, in den steuerstatistischen Werten enthalten sind, dann waren also etwa vier Fünftel des errechneten Volkseinkommens in den Daten der Finanzverwaltungen enthalten.

Die Differenz zum Volkseinkommen besteht zum großen Teil in den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung und zu sonstigen Sozialleistungen. Sie werden in der Einkommensteuerstatistik nicht ausgewiesen, betragen aber 1974 im Bundesgebiet immerhin 17,3 % des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit und wären nach den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Schleswig-Holstein mit etwa 3,7 Mrd. DM zu veranschlagen. Das Volkseinkommen enthält außerdem die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften (529 Mill. DM) und die Gewinne des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die 1974 allerdings insgesamt negativ waren (129 Mill. DM). Ferner wurden die Einkommen der Nv-Fälle mit etwa 50 Mill. DM in Ansatz gebracht.

Das Volkseinkommen wird auf grundsätzlich andere Weise als das Einkommen in der Steuerstatistik ermittelt, weil vor allem auch Ergebnisse für einzelne Wirtschaftszweige dargestellt werden müssen. So werden z. B. die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus Produktionsdaten unter Abzug der Vorleistungen und der Arbeitnehmereinkünfte dieses Bereichs gewonnen. Für Schleswig-Holstein ergab sich 1974 ein Wert von 1,5 Mrd. DM, von dem nur etwa 0,4 Mrd. DM in der Einkommensteuerstatistik enthalten

sind. Auch die Wertschöpfung aus der Wohnungsvermietung ist in der Gesamtrechnung höher anzusetzen als es den in den Veranlagungen enthaltenen Werten entspricht, weil in der Einkommensteuererklärung die fiktiven Mieteinkünfte der vom Eigentümer genutzten Wohnungen durch steuerrechtliche Vorschriften und Möglichkeiten geringer als der entsprechende Marktwert ausfallen oder völlig fehlen.

Die „Summe der Einkünfte“ ist allerdings nur die erste Stufe zur Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“. Die Einkünfte sind in der Summe nur enthalten, wenn sie positiv sind, es handelt sich also um einen Bruttowert. Zur Ermittlung des „Gesamtbetrages der Einkünfte“ sind gewisse, für die Statistik allerdings unbedeutende Beträge hinzuzurechnen, abzusetzen sind aber die Freibeträge für die Land- und Forstwirtschaft: 1974 waren das insgesamt 35,4 Mill. DM oder 0,25 % der „Summe der Einkünfte“. Weiteren 4,5 % der „Summe der Einkünfte“ stehen Verluste gegenüber, die die Steuerpflichtigen durch Einkünfte in anderen Einkunftsarten ausgeglichen haben. Der „Gesamtbetrag der Einkünfte“ ist mit 13 449 Mill. DM um 4,8 % niedriger als die „Summe der Einkünfte“. Die ausgeglichenen Verluste in Höhe von 636 Mill. DM stammen zu etwa 90 % aus der Vermietung und Verpachtung. Erhöhte Absetzungen für Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen nach § 7b und § 54 EStG wurden von 92 191 Steuerpflichtigen mit positivem Einkommen geltend gemacht, sie betragen insgesamt 381 Mill. DM.

Von den Einkünften zum steuerpflichtigen Einkommensbetrag 1974

Nur unbeschränkt Steuerpflichtige

	Fälle	Mill. DM	1 000 DM je Steuerpflichtigen
Summe der Einkünfte	606 042	14 121	37,8
Gesamtbetrag der Einkünfte	373 782	13 449	36,0
Einkommen	373 782	11 757	31,5
Zu versteuernder Betrag	369 229	11 013	29,8

Zur Ermittlung des „Einkommens“ ist der „Gesamtbetrag der Einkünfte“ um die Sonderausgaben und den Freibetrag für freie Berufe zu kürzen. Als Sonderausgaben waren 1,681 Mrd. DM abzugsfähig, das sind 12,5 % des „Gesamtbetrages der Einkünfte“. Von den Sonderausgaben waren 79 % abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Ziffer 2 und

3 EStG. Die tatsächlichen Vorsorgeaufwendungen lagen mit 1 819 Mrd. DM um 37,5 % über den abzugsfähigen und bestanden zu 14 % aus Lebensversicherungsbeiträgen (§ 10 Abs.1 Ziffer 2b EStG), zu 81 % aus sonstigen Versicherungsbeiträgen (§ 10 Abs.1 Ziff. 2a EStG) und zu 5 % aus Bausparbeiträgen (§ 10 Abs.1 Ziff. 3 EStG). Die Steuerpflichtigen, die höhere als die der Pauschale entsprechenden Vorsorgeaufwendungen geltend machten, hatten 1974 im Durchschnitt 1 127 DM an Lebensversicherungen und 3 809 DM an Bausparkassen abgeführt. Kirchensteuer hatten 1974 73 %, Vermögensteuer 3,9 % der Steuerpflichtigen zu entrichten. Die Anteile dieser Steuern an den Sonderausgaben betragen 10,3 % (Kirchensteuer) und 2,7 %. Nur jeder zehnte Steuerpflichtige konnte so wenig Sonderausgaben nachweisen, daß lediglich der Pauschbetrag anzusetzen war. Die pauschalieren machten daher nur 2,3 % aller Sonderausgaben aus. Der Freibetrag für die freien Berufe wurde in 9 741 Fällen und in gesamter Höhe von etwa 11 Mill. DM gewährt.

Das „Einkommen“ der Schleswig-Holsteiner betrug 1974 insgesamt 11 757 Mill. DM und im Durchschnitt

31 455 DM. Zur Ermittlung des „zu versteuernden Einkommens“ waren die außergewöhnlichen Belastungen sowie die Kinder- und Altersfreibeträge abzusetzen. Die Summe der Abzüge machte 6,4 % des „Einkommens“ aus und bestand zu 71 % aus Kinderfreibeträgen, die es letztmalig 1974 statt des heute direkt gezahlten Kindergeldes gab und die von 54 % aller Steuerpflichtigen geltend gemacht werden konnten. Es verblieb ein „zu versteuernder Einkommensbetrag“ von insgesamt 11 013 Mill. DM, der sich auf nur noch 369 229 Steuerpflichtige aufteilte, weil 4 553 Veranlagungen ein so geringes Einkommen ergaben, daß nach Berücksichtigung der abzusetzenden Beträge zur Versteuerung nichts mehr verblieb.

Vom „Gesamtbetrag der Einkünfte“ waren also letztlich 82 % unmittelbar zu versteuern, im Durchschnitt je Steuerpflichtigen waren das 29 826 DM. In zwei Fünfteln aller Fälle lag das „zu versteuernde Einkommen“ zwischen 25 000 und 50 000 DM. Bei immerhin 122 Veranlagungen ergab sich ein Betrag von mehr als einer Million DM, und zwar von 2,2 Mill. DM im Mittel und einem mittleren Steueranteil von 49,0 %. Der aus allen Fällen berechnete Durchschnittssteuersatz

Einkommen und Einkommensteuerschuld der unbeschränkt Steuerpflichtigen¹ 1974 nach der Höhe des zu versteuernden Einkommensbetrages

Größenklasse „zu versteuernder Einkommensbetrag“ in DM	Steuerpflichtige		Gesamt- betrag der Einkünfte 1 000 DM	Ein- kommen	Zu versteu- ender Einkommens- betrag	Einkommen- steuerschuld		Einkommen- steuerschuld in % des zu versteuernden Einkommens- betrages
	Anzahl	%				%	%	
Unter 1 500	5 724	1,6	31 518	16 798	4 620	-	-	-
1 500 — 3 000	8 383	2,3	54 294	35 948	19 103	438	0,0	2,3
3 000 — 5 000	13 002	3,5	108 559	78 544	51 886	3 191	0,1	6,2
5 000 — 8 000	18 489	5,0	208 069	159 372	120 079	12 867	0,5	10,7
8 000 — 12 000	26 447	7,2	409 477	325 227	265 629	35 955	1,3	13,5
12 000 — 16 000	29 862	8,1	593 404	485 994	418 883	64 169	2,4	15,3
16 000 — 25 000	88 691	24,0	2 379 509	2 018 195	1 834 625	314 986	11,7	17,2
25 000 — 50 000	145 683	39,5	5 885 468	5 191 386	4 942 665	1 061 687	39,4	21,5
50 000 — 75 000	19 952	5,4	1 355 929	1 221 534	1 179 106	324 947	12,1	27,6
75 000 — 100 000	5 249	1,4	513 262	463 760	450 167	144 970	5,4	32,2
100 000 — 250 000	6 282	1,7	1 023 676	936 990	918 767	353 780	13,1	38,5
250 000 — 500 000	1 072	0,3	383 921	359 464	356 259	160 059	5,9	44,9
500 000 — 1 Mill.	271	0,1	195 247	185 042	184 274	86 871	3,2	47,1
1 Mill. und mehr	122	0,0	278 231	266 777	266 434	130 443	4,8	49,0
Insgesamt	369 229	100	13 420 564	11 745 031	11 012 497	2 694 363	100	24,5

1) Nur Steuerpflichtige, bei denen die Veranlagung zu einer Steuerschuld geführt hat

betrug 24,5 %. Von der Steuerschuld waren dem Fiskus im Quellenabzugsverfahren bereits vor der Veranlagung fast zwei Drittel zugeflossen. Der nach der Veranlagung noch zu entrichtende Anteil an der gesamten Steuerschuld nimmt erwartungsgemäß mit steigendem Einkommen zu.

Vom landesdurchschnittlichen „Einkommen“ wichen die Mittelwerte der Kreise Dithmarschen und Nordfriesland mit jeweils - 16 % nach unten und die der Kreise Pinneberg und Stormarn mit jeweils + 14 % nach oben am stärksten ab. In den kreisfreien Städten insgesamt lag das mittlere „Einkommen“ um 0,7 % über dem Landesdurchschnitt. Beim Vergleich dieser Mittelwerte ist allerdings zu beachten, daß die dafür als Divisor verwendete Zahl der Steuerpflichtigen auch von der gewählten Besteuerungsart und vom Anteil der Steuerpflichtigen mit lediglich Nebeneinkünften oder Renten beeinflußt wird und Vergleiche auf Kreisbasis nur bedingt möglich sind. Außerdem ist auf den unterschiedlichen Anteil der Landwirtschaft mit ihren besonderen Besteuerungsbestimmungen hinzuweisen. In Dithmarschen z. B. hatten 11,3 % aller Steuerpflichtigen land- oder forstwirtschaftliche Einkünfte, im Landesdurchschnitt aber nur 4,5 %.

Die vorliegenden Daten bieten auch einen Einkommensvergleich zwischen verschiedenen Berufszweigen. Spitzenverdiener bei den freien Berufen waren 1974 die Ärzte mit einem „Einkommen“ von im Durchschnitt etwa 125 000 DM, gefolgt von den Zahnärzten mit 120 000 DM, den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern mit rund 83 000 DM und den Rechtsanwälten und Notaren mit 76 000 DM.

Alle genannten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1974 und mögen daher vielleicht als nicht besonders aktuell erachtet werden. Zur Erstellung der Statistik sind aber gerade die sehr spät abgeschlossenen Veranlagungen wegen ihres oft großen Gewichts unentbehrlich, so daß die Datenlieferung der Finanzämter für den darzustellenden Veranlagungszeitraum erst längere Zeit nach dessen Ende abgeschlossen werden kann. Die nächste Einkommensteuerstatistik ist für das Jahr 1977 durchzuführen.

Bernd Struck

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht L IV 3 - 74. Vergleiche auch: „Einkommen und Besteuerung der Einkommensteuerpflichtigen (Ergebnis der Einkommensteuerstatistik 1974)“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1978, S. 772.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 - 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

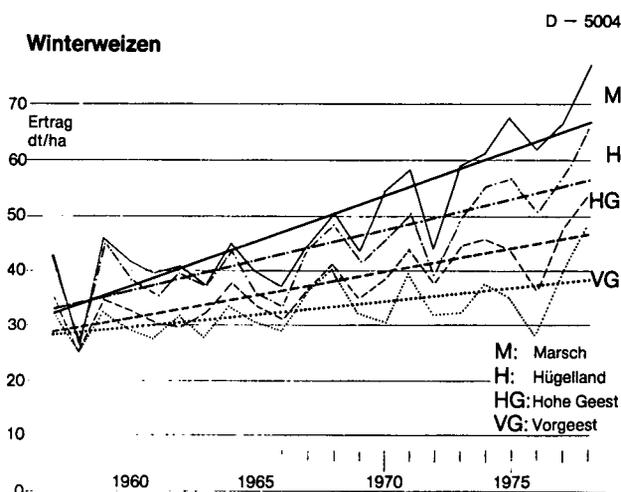
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- .
- / = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Kurzberichte

Zur Sortenverteilung bei Winterweizen und Wintergerste in den Naturräumen Schleswig-Holsteins 1973 bis 1978

Winterweizen

Die Spitzenstellung, die Schleswig-Holstein sowohl in Erträgen als auch in den Qualitätsmerkmalen des Winterweizens seit Jahren unter den Bundesländern einnimmt, dürfte nicht nur durch die laufend verbesserte Anbautechnik – im weitesten Sinne – sondern auch durch die Auswahl der jeweils besten und standortgerechtesten Sorten erreicht worden sein. Über die Entwicklung der Hektarerträge, die hier nur in zwei Grafiken in Erinnerung gebracht werden soll, wurde in Heft 2/1979 ausführlich berichtet.



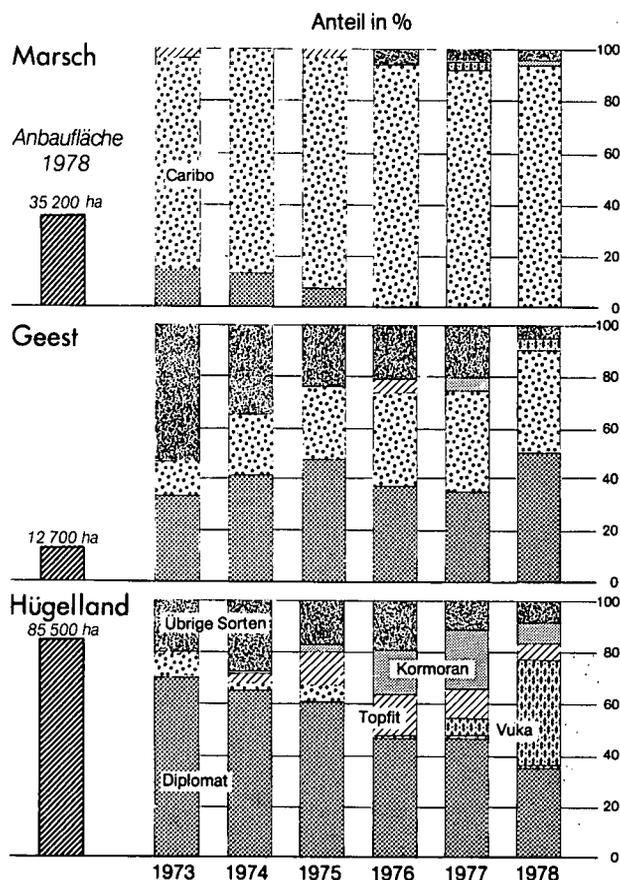
Die nachfolgenden Daten über die Winterweizen- und Wintergerstensorten entstammen einer Sonderauswertung der besonderen Erntemittlung. Wegen der Kleinheit der Stichprobe können die Daten nur als verhältnismäßig grobe Aussagen gewertet werden. Da sie die einzigen umfassenden und anhand einer repräsentativen Stichprobe ermittelten Informationen sind, sollen sie hier dennoch veröffentlicht werden.

Betrachtet man die Anteile der Winterweizensorten im Lande zusammengenommen, so gab es in den Jahren 1973 bis 1978 nur 7 Sorten, die mindestens einmal die 10 %-Hürde überwand. Darunter sind nur 2 Sorten, Diplomat und Caribo, die in allen Jahren über 10 %

der Fläche einnahmen. Die übrigen, Topfit, Kormoran und Fema, überschritten die 10 % nur ein bis zweimal, um dann bis 1978 wieder fast zur Bedeutungslosigkeit abzusinken. Die Sorte Vuka tauchte erstmalig 1977 mit noch weniger als 10 % auf, erreichte dann 1978 jedoch bereits ein Viertel der Winterweizenfläche im Lande.

Winterweizensorten

D - 5051



Betrachtet man die Sortenverteilung innerhalb der Naturräume – wobei lediglich die Marsch und das Hügelland für den Winterweizen eine Bedeutung haben – so zeigen sich erhebliche Unterschiede. In der Marsch hat die Sorte Caribo ihre überragende Stellung innerhalb der letzten 6 Jahre von 80 % auf

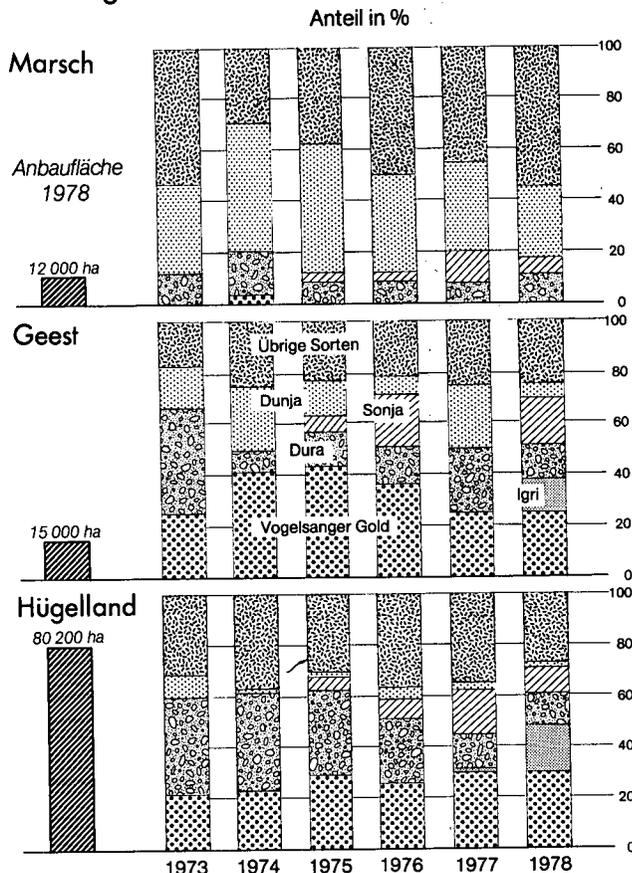
über 90 % Anbauanteil noch ausdehnen können. Der Anteil der Sorte Diplomat dagegen sank von über 10 % im Jahre 1973 auf 0 seit 1976. Andere Sorten konnten sich hier bisher nicht durchsetzen.

Im Hügelland nahm die Sorte Diplomat 1973 noch über 70 % der Anbaufläche ein, daneben hatten die Sorten Fema, Caribo und Kranich noch nennenswerte Anteile. Im Verlauf der 6 Jahre seit 1973 ging der Anteil der Sorte Diplomat auf ein Drittel der Anbaufläche zurück. Die Sorten Fema, Caribo und Kranich sind kaum noch oder nicht mehr anzutreffen. Aber auch die Sorten Topfit und Kormoran, die zwischendurch bis zu etwa 20 % Flächenanteile erreicht hatten, schrumpften auf unter 10 % Anbauflächenanteil. Dafür hat die Sorte Vuka, die 1977 erstmalig in der besonderen Erntemittlung auftauchte, 1978 bereits den gleichen Anteil erreicht wie die Sorte Diplomat.

Die Sorte Dura war 1973 mit ein Drittel Flächenanteil sogar die verbreitetste Wintergerstensorte in Schleswig-Holstein.

Wintergerstesorten

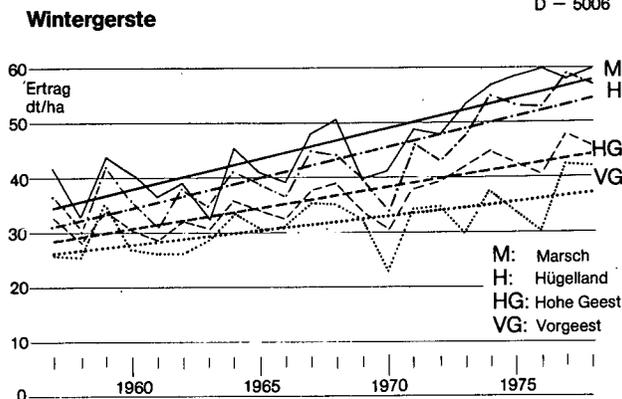
D - 5052



Wintergerste

Die Wintergerste hat von den Getreidearten nach dem Winterweizen die höchsten Erträge und Ertragssteigerungen aufzuweisen. Das erklärt auch die außerordentliche Anbauausweitung in den letzten Jahren.

D - 5006



An der Spitze der Sorten steht Vogelsanger Gold; diese Sorte nahm 1973 in Schleswig-Holstein insgesamt knapp ein Fünftel und 1978 rund ein Viertel der Fläche ein. Daneben spielten 1978 noch die Sorten Igri mit zwischen 10 und 20 % der Fläche, Dura mit gut 10 % und Sonja mit 10 % der Fläche eine Rolle. 1973 hatte die Sorte Dunja, die heute kaum noch angebaut wird, noch rund 10 % Flächenanteil.

Auch bei der Wintergerste schwanken die Sortenanteile je nach Naturraum. Im Hauptanbaugebiet, dem Hügelland, ist die Vorrangstellung der Sorte Vogelsanger Gold noch ausgeprägter. Daneben haben die Sorten Igri, Dura und Sonja noch nennenswerte Flächenanteile in ähnlicher Höhe wie im Landesdurchschnitt. Ähnlich sieht die Sortenverteilung auf der Geest aus, die allerdings nur 14 % der Wintergerstenanbaufläche Schleswig-Holsteins stellt. In der Marsch dagegen wurde in der Vergleichszeit die Sorte Vogelsanger Gold kaum angetroffen. In den Vorjahren hatte die Sorte Dunja hier ein Drittel bis zur Hälfte der Fläche inne. Daneben gab es eine Vielzahl von anderen Sorten. 1978 kamen Sorten wie Kiruna, Banteng und andere hinzu. Welche Sorte sich auf diesen Standorten durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Dr. Matthias Sievers

Moderne Erhebungstechnik im Vormarsch

Die moderne, kostensparende Form des statistischen Massen-Erhebungsbogens verlangt so wenig wie möglich Schreibschrift oder Kreuze, so viel wie möglich Normziffern und Strichmarkierungen. Ein solcher Beleg ist unmittelbar maschinenlesbar. Damit entfallen Zeitaufwand, eine Fehlerquelle und Personalkosten in erheblichem Maße. Der Schritt zu einem solchen Erhebungsbogen soll deshalb auch in der Diagnosestatistik im Laufe des Jahres 1979 getan werden.

Als Mitte 1969 die ersten Krankenhäuser die Berichterstattung zur Diagnosestatistik aufnahmen, stellte besonders das Kernstück der neuen Statistik, die Diagnose, erhebliche Ansprüche an den guten Willen der beteiligten Ärzte. Für die meisten war es eine neue Aufgabe, die Diagnose mit Hilfe der umfangreichen „Internationalen Klassifikation der Krankheiten“ in eine dreistellige Schlüsselzahl umzusetzen. Davon abgesehen war allerdings der Vordruck, der sogenannte Grundbogen zur Diagnosestatistik, einfach aufgebaut und herkömmlich auszufüllen; den Menschen, die dies tun mußten, sollte es wenigstens in der Form so leicht wie möglich gemacht werden. Wäre es nur um die rationellste Methode der Weiterverarbeitung gegangen, dann hätte man schon damals gleich eine andere Ausfülltechnik verwendet. Von dieser soll hier die Rede sein.

Welche weiteren Stationen durchlaufen die Grundbogen, nachdem sie beim Statistischen Landesamt eingegangen sind? Da die Angaben bei ihrer Menge selbstverständlich maschinell verarbeitet werden, müssen sie zunächst einmal der EDV eingegeben werden. Dies geschieht hier durch das Lochen von Lochkarten, in anderen Fällen meist durch Eintasten in Datensammelsysteme, wofür prinzipiell das gleiche gilt: es ist ein „Mensch-Maschine-Prozeß“. Im Falle der Lochkarte: die Locherin liest auf dem Beleg, hier also auf dem Grundbogen zur Diagnosestatistik, Informationen, die aus jeweils zwei Teilen bestehen, nämlich ihrem Ort und ihrem Inhalt. Beide, die Nummer der Lochspalte und die Ziffer, gibt sie an das Lochgerät weiter, das am Ende eine fertige Lochkarte mit den richtigen Löchern an den richtigen Stellen auswirft. Dieser Prozeß ist, gemessen an den sonst üblichen Ablaufgeschwindigkeiten der EDV, sehr langsam, und der auf jede Lochkarte entfallende Personalkostensatz ist entsprechend hoch. Die Gesamtkosten der Datenerfassung dieser Art liegen bei etwa 0,75 DM je Lochkarte.

Die Dateneingabe im engeren Sinne, also ihr Transport in das Zentral-(Nerven-)System der EDV, geschieht seit jeher rein maschinell und deshalb ungleich schneller. Deshalb lag der Gedanke nahe, den vorgeschalteten langsamen Mensch-Maschine-Prozeß einzusparen, indem man Belege verwendet, die ihre Information in direkt maschinenlesbarer Weise enthalten, also in definierten Orten des Belegs ein Zeichen, das sich maschinell erkennen ließe. Man entwickelte dazu eine Technik zur Erkennung geschwärtzter Stellen auf normalem Papier; die Schwärzung konnte überall mit Bleistift ausgeführt werden. Der „Strichmarkierungsbeleg“ war geboren. Allen Autofahrern ist der vom TÜV verwendete Fehlerbogen bekannt. Der Inhalt jeder einzelnen Information ist als Text oder Zahl gedruckt, zugeordnet ist ein exakter Ort: der etwa 1 mm breite und 4 mm lange Zwischenraum zwischen zwei gedruckten Strichen oder, moderner, die entsprechende Ausnehmung in einer zartfarbenen Fläche.

Mit dem Strichmarkierungsverfahren vermied man den fehleranfälligen Umsetzungsprozeß zwischen der ersten Aufzeichnung der Informationen und ihrer Eingabe in die EDV. Zum maschinellen Lesen bedurfte es zwar eines besonderen Gerätes, aber die Geschwindigkeit war erheblich höher und die Kosten niedriger, etwa 35 Pfennig je Beleg.

Nun sind Rationalisierungen selten eitel Wonne für alle Beteiligten. So war hier eine kleine Mehrbelastung dessen, der die erste Aufzeichnung macht, unvermeidbar. Von ihm wurde Ungewohntes verlangt, das er nicht schon, wie das Schreiben, in der Schule gelernt und seitdem ständig geübt hatte, nämlich: Striche exakt plazieren. Nach nur schmalen vorausgegangenen Erfahrungen erwies jedoch die Volkszählung 1970, daß jeder auf Anhieb mit der Strichmarkierung klar kam.

Und dasselbe sollten die Leute, als sie die Diagnosestatistik einführten, den Ärzten nicht zugetraut haben? Nein, nicht ganz so. Im Falle der Diagnose wie auch anderer numerischer Merkmale mit mehreren Stellen, die jede der 10 Ziffern aufweisen können, hat vielmehr die Strichmarkierungsmethode einen Haken. So elegant sie das Markieren bei qualitativen Merkmalen mit wenigen Ausprägungen macht (z. B. Familienstand mit 4 Ausprägungen), so schwerfällig wird sie bei numerischen Merkmalen (in der Regel also 10 Ausprägungen) und besonders bei mehrstelligen. Die

Strichmarkierungsfläche für ein dreistelliges numerisches Merkmal wie die Diagnose würde aus 30 einzelnen Feldern bestehen, und damit würde eine neue Qualität von Mühe und Schwierigkeit für den Ausfüllenden beginnen. Für die bis zu drei Diagnosen der Statistik wären es schon 90 Felder, also eine nicht kleine Fläche auf dem Papier, auf der man sich nicht „verlaufen“ darf.

Der nächste Wunsch lag also auf der Hand: ein Gerät sollte unmittelbar Zahlen „lesen“ können. Der Anfang damit war bereits vor vielen Jahren im Bankwesen gemacht worden, die amtliche Statistik führte es 1971 in der Viehzählung, 1976 für Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle ein. Um die beim Lesegerät erforderliche „Intelligenz“ gering halten zu können und die Lesesicherheit zu erhöhen, stilisierte man die Zeichen stark. Jedermann kennt vom Scheckausdruck in dessen unterster Zeile die eckigen Zahlen der OCR-A-Schrift. Mit ihnen wurden wir erst in den letzten Jahren vertrauter, als sich die Taschenrechner verbreiteten; deren 7-Segment-Elemente bilden ja noch radikaler stilisierte Ziffern, die zu lesen uns inzwischen auch nicht mehr schwer fällt.

Während nun aber der Mensch nur geringe Schwierigkeiten hat, auch in weitgehend abgewandelter Form oder Vereinfachung das gemeinte Zeichen zu erkennen, gehen solche Fähigkeiten dem optisch-elektronischen „Leser“ der EDV leider ab. Wenn er eine Ziffer richtig erkennen soll, muß sie innerhalb enger Grenzen einem vorgegebenen Schreibduktus gleichen. Bei den 10 Ziffern sollte es aber nicht schwer fallen, Formen vorzugeben, die nachzuahmen jedermann leidlich gut gelingen würde. Die Formenvarianz der Ziffern in der Handschrift ist ja allein schon deshalb geringer als die der Buchstaben, weil Ziffern prinzipiell unverbunden geschrieben werden; damit entfallen schon einmal jene Formvarianten, die bei Buchstaben aus den zahlreichen verschiedenen Verknüpfungen entstehen. Jede einzelne Ziffer wird für sich erkannt, während die Buchstaben erst dem ganzen Wort einen Sinn geben müssen, und dazu verhilft die Gesamtgestalt und der Kontext. Tatsächlich sind ja aus einem handgeschriebenen Wort isoliert herausgelöste Buchstaben häufig bis zur Unkenntlichkeit verschliffen.

Nicht so die Ziffern, und deshalb waren die ersten Erfahrungen mit Norm-Ziffern auf statistischen Erhebungsbogen bereits sehr ermutigend. Bei zwei Ziffern allerdings gab es häufiger Verwechslungen, weil die eine davon in unserem Land auf zweierlei Weise geschrieben werden kann: die 7 mit oder ohne Querstrich.

Wenn ohne, dann gleicht sie aber der 1 mit Aufstrich, welches deren übliche Form darstellt. Die Schriftbestimmer beschlossen deshalb, hier reinen Tisch zu machen, indem sie diese beiden Zeichen so weit wie möglich verschieden vorgaben: die 1 **ohne** Aufstrich und die 7 **mit** Querstrich (also anders als auf den meisten Taschenrechnern). Selbstverständlich ist auf jedem Erhebungsbogen, auf den Normziffern geschrieben werden sollen, eine Musterreihe abgedruckt:

Richtige Schreibweise

1 2 3 4 5 6 7 8 9 0

Dieser Beleg wird maschinell gelesen! Bitte nicht knicken, beschmutzen oder beschädigen. Bitte nur mit Bleistift HB oder No. 2 beschriften!

Aber schreiben Ärzte nicht besonders unleserlich? Nun, es wird kaum jemand unter 100 Handschriften diejenigen 10, die von Ärzten stammen, dadurch herausfinden, daß er die unleserlichsten nimmt, wenngleich wohl einige Treffer darunter wären. Der schlechte Ruf „der“ Ärzthandschrift hat wohl eher eine andere Ursache: ihren fremdartigen Inhalt, nämlich wissenschaftliche Krankheitsnamen und die Phantasienamen der Medikamente. Oben war gesagt, was handschriftliche Informationen trotz ihrer großen Formenvarianz meist leicht erkennbar macht: ihre Redundanz aus Wortgestalt und Kontext. Das vom Arzt geschriebene Wort aber enthält für den Laien keine Redundanz, denn es ist ihm unbekannt, meist fremdsprachig oder ein Kunstwort, und der Satzzusammenhang fehlt ganz; es muß also wie vom Schulanfänger aus den einzelnen Buchstaben erkannt, „buchstabiert“ werden. Den Privatbrief von der Hand desselben Arztes, dessen Diagnosebezeichnung Herr Müller nicht „entziffern“ kann, weil er das Wort nicht kennt, würde er wohl einigermaßen flüssig lesen können.

Man ist im Statistischen Landesamt also der guten Hoffnung, daß Ärzte — und natürlich ebenso alle anderen Personen, die damit befaßt sind — auf den neu gestalteten Erhebungsbogen der Diagnosestatistik die entscheidende Information, nämlich den dreistelligen Diagnoseschlüssel, nicht nur zutreffend ermitteln, sondern auch in liebevoller Nachahmung der vorgegebenen Normziffern maschinenlesbar hinschreiben werden. Der Mehraufwand dafür, anfänglich vielleicht spürbar, liegt mit Sicherheit in wenigen Monaten weit unter der damit bewirkten Kostenersparnis, so daß gesamtwirtschaftlich ein spürbarer positiver Saldo entsteht.

Arnold Heinemann

Aus unserem Archiv

Die einkommensteuerbelasteten natürlichen Personen nach der Höhe des Einkommens

Die bei den Finanzämtern vorhandenen Unterlagen über die Besteuerung der Einkommen ermöglichen sekundär auch einen Einblick in die Schichtung der Einkommen. Der Erkenntniswert der Zahlen der nachstehenden Tabellen ist jedoch eingeschränkt, weil hier nur die Steuerbelasteten dargestellt werden können und weil die generellen Besteuerungsre-

geln zunehmend durch Befreiungen und Begünstigungen durchbrochen worden sind. Auch die sonstigen Veränderungen im jeweilig zugrundeliegenden Steuerrecht und in der Steuererhebung stören die Vergleichbarkeit der Tabellen.

a) Zur Einkommensteuer Veranlagte 1892 und 1901

Das Aufkommen an Einkommensteuer im Deutschen Reich vor dem I. Weltkrieg floß den Bundesstaaten zu. Es war ihre Hauptsteuereinnahme. Einkommensteuerpflichtig waren in Preußen seit 1892 mit gewissen Ausnahmen (z. B. Mitglieder des Königlichen Hauses) diejenigen Personen, deren Rein-Einkommen mehr als 900 Mark im Jahr betrug. Als Einkommen galten die gesamten Jahreseinkünfte der Steuerpflichtigen in Geld oder Geldwert aus Kapital- und Grundvermögen, Verpachtungen und Mieten, Handel und Gewerbe und sonstiger gewinnbringender Beschäftigung. Abzugsfähig waren die zu Erwerb, Sicherung und Erhaltung

des Einkommens verwendeten Ausgaben, die Schuldzinsen, Abschreibungen, Beiträge zu gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Alterskassen und ähnlichen. Bei außerordentlicher Belastung und hoher Kinderzahl wurden gewisse Ermäßigungen der Steuersätze gewährt, die bei einem Teil der Betroffenen zu Freistellungen von der Veranlagung führten. (Preuß. Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, GS. S. 175). Jeder Steuerpflichtige (auch der nichtselbständige) gab sein Einkommen nach eigener Einschätzung an.

Einkommensgruppe in Mark	Veranlagte Personen im Steuerjahr			
	1892		1901	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920				
über 900 bis 3 000	98 391	86,5	136 901	87,9
" 3 000 " 6 000	11 075	9,7	13 541	8,7
" 6 000 " 9 500	2 445	2,1	3 043	2,0
" 9 500 " 30 500	1 575	1,4	1 983	1,3
" 30 500 " 100 000	249	0,2	307	0,2
" 100 000	24	0,0	40	0,0
Insgesamt	113 759	100	155 815	100

QUELLE: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus 1902 (S. 245)

b) Die Lohnsteuer- und Einkommensteuerbelasteten 1936

Mit dem Reichseinkommensteuergesetz vom 29. März 1920 hatte sich für einen Teil der bisher zur Einkommensteuer Veranlagten die Art der Steuerzahlung verändert. Das Gesetz schrieb vor, daß von allen Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gleich bei der Lohn- und Gehaltszahlung ein bestimmter Betrag für die Steuer vom Arbeitgeber einzubehalten und von ihm an die zuständige Finanzkasse abzuführen war. Hierzu zählten auch die Wartegelder und Ruhegehälter der Beamten sowie die entsprechenden Witwen- und Waisenspensionen. Obwohl diese "Lohnsteuer" im Grunde keine neue selbständige Steuer war, ergab sich die Notwendigkeit einer getrennten statistischen Bearbeitung. Dabei wurden die beiden Steuerstatistiken leider faktisch auseinandergelöst; auch

steuerlich wurden beide Einkunftsarten zunächst unterschiedlich behandelt. Unter "Einkommen" bei den zur Einkommensteuer veranlagten Personen werden hier die Gewinne nach Abzug gewisser Aufwendungen und die Überschüsse der Einnahmen über die Werbungskosten verstanden, ggf. auch nach Abzug der Sonderausgaben (wie Schuldzinsen, Renten, Kirchensteuer, Versicherungsprämien, Beiträge zur Bausparkasse, Aufwendungen für Hausgehilfin). Im Gegensatz dazu sind bei der Einkommensgruppenbildung der Lohnsteuerpflichtigen die (ungekürzten) Jahresbruttolöhne zugrundegelegt. Gesetzliche Grundlage für die Besteuerung 1936 waren das Einkommensteuergesetz vom 16. Oktober 1934 und seine Durchführungsverordnungen.

Bruttolohngruppe in RM	Steuerbelastete Lohnsteuerpflichtige	
	Anzahl	%
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937		
unter 1 500	101 232	35,2
1 500 bis unter 1 800	31 239	10,9
1 800 " " 2 100	37 469	13,0
2 100 " " 2 400	34 351	11,9
2 400 " " 3 000	42 706	14,8
3 000 " " 3 600	17 092	5,9
3 600 " " 4 800	14 757	5,1
4 800 " " 6 000	5 786	2,0
6 000 " " 7 200	1 930	0,7
7 200 und mehr	1 244	0,4
Insgesamt	287 806	100

QUELLEN: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dr. Reichs, Bd. 530 und 534

Einkommensgruppe (nach dem "Einkommen") in RM	Mit Einkommen veranlagte, steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige	
	Anzahl	%
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937		
unter 1 500	16 418	23,0
1 500 bis unter 3 000	27 084	37,9
3 000 " " 5 000	13 844	19,4
5 000 " " 8 000	6 418	9,0
8 000 " " 12 000	3 892	5,4
12 000 " " 16 000	1 451	2,0
16 000 " " 25 000	1 273	1,8
25 000 " " 50 000	747	1,0
50 000 " " 100 000	244	0,3
100 000 und mehr	88	0,1
Insgesamt	71 459	100

c) Die Lohnsteuer- und Einkommensteuerbelasteten 1961

Gegenüber 1936 ist die Anzahl der abzugsfähigen Sonderausgaben (z. B. Verluste aus Vorjahren) und Sondervergünstigungen erheblich erweitert worden. Im Gegensatz zu 1936 sind die Lohnsteuerpflichtigen, die auch

zur Einkommensteuer veranlagt werden, jedoch bei beiden Statistiken aufgeführt. Gesetzliche Grundlage sind das Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 15. August 1961 und seine Durchführungsverordnungen.

Bruttolohngruppe in DM	Steuerbelastete Lohnsteuerpflichtige	
	Anzahl	%
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937		
unter 1 200	7 524	1,3
1 200 bis unter 2 400	13 197	2,3
2 400 " " 3 600	30 803	5,4
3 600 " " 4 800	76 563	13,5
4 800 " " 6 000	94 367	16,7
6 000 " " 7 200	101 298	17,9
7 200 " " 8 400	84 524	14,9
8 400 " " 9 600	52 755	9,3
9 600 " " 12 000	53 509	9,4
12 000 " " 16 000	32 731	5,8
16 000 " " 20 000	10 946	1,9
20 000 " " 25 000	5 223	0,9
25 000 und mehr	3 172	0,6
Insgesamt	566 612	100

QUELLE: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Einkommensgruppe (nach dem "Einkommen") in DM	Mit Einkommen veranlagte, steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige	
	Anzahl	%
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937		
unter 1 500	4	0,0
1 500 bis unter 3 000	1 404	1,2
3 000 " " 5 000	12 656	10,6
5 000 " " 8 000	30 007	25,0
8 000 " " 12 000	28 515	23,8
12 000 " " 16 000	15 704	13,1
16 000 " " 25 000	16 125	13,4
25 000 " " 50 000	10 816	9,0
50 000 " " 75 000	2 258	1,9
75 000 " " 100 000	959	0,8
100 000 " " 250 000	1 205	1,0
250 000 " " 1 Million	265	0,2
1 Million und mehr	30	0,0
Insgesamt	119 948	100

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang Heft 7 Juli 1979

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 586	2 589	2 587	2 588	2 589	2 592
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 193	1 048	1 213	721	1 481	599
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,5	4,9	5,5	3,4	6,7	3,0
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 947	1 932	1 978	1 920	2 127	1 766
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,0	9,0	9,0	9,0	9,7	8,9
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 589	2 605	2 847	2 433	2 732	2 521
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,0	12,1	13,0	11,4	12,4	12,7
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	26	28	33	21	32	26
*	je 1 000 Lebendgeborene	13,5	14,7	16,7	10,9	15,0	14,7
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 642	- 673	- 869	- 513	- 605	- 755
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 3,0	- 3,1	- 4,0	- 2,4	- 2,8	- 3,8
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 303	6 151	5 737	5 785	5 930	4 631	5 758
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 289	5 136	4 674	4 071	4 715	3 831	5 190
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 014	+ 1 015	+ 1 063	+ 1 714	+ 1 215	+ 800	+ 568
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 943	9 720	9 182	9 332	8 758	7 877	9 858
Wanderungsfälle	Anzahl	21 535	21 007	19 593	19 188	19 403	16 339	20 806
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	146	142	131	134	128	122	139
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	47	44	50	45	39	55	46	39	33
darunter *Männer	1 000	23	21	26	22	19	30	24	18	14
Kurzarbeiter	1 000	3,1	2,7	4,7	3,4	3,2	9,2	5,0	2,4	1,3
darunter Männer	1 000	2,3	2,0	3,6	2,7	2,4	7,4	4,1	1,9	0,7
Offene Stellen	1 000	9,3	9,8	11,6	12,0	11,1	10,7	14,0	14,6	15,4
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 585 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	515 ^a	518 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	515 ^a	518 ^a
*Schweine	1 000	1 796 ^a	1 856 ^a	.	1 941	.	.	.	1 960	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	194 ^a	205 ^a	.	204	.	.	.	210	.
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	136 ^a	.	136	.	.	.	136	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	38	39	34	34	34	33	40	36	43
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	236 ^b	252 ^c	236	235	256	219	260	252	260
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5	5	5	4	3	5	6	4	3
*Schlachtschlachten⁹⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,2	31,3	28,4	28,7	30,6	26,3	31,6	29,9	32,5
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,1	10,9	9,1	9,3	9,4	9,1	11,1	9,9	11,8
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,9	20,2	19,0	19,1	21,0	17,1	20,3	19,8	20,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	274	284	277	278	277	279	280	279	277
Kälber	kg	97	100	100	99	100	100	98	103	101
Schweine	kg	82	82	82	83	83	80	80	80	80
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	215	149	152	196	217	153	193	216	165
*für Legehennenküken	1 000	1 070	1 101	1 153	1 122	1 262	967	1 003	1 286	1 292
*für Masthühnerküken	1 000	887	897	846	843	833	853	945	917	1 060
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	887	897	846	843	833	853	945	917	1 060
*Milcherzeugung										
1 000 t	1 000 t	195	202	245	248	257	191	240	245	248
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	t	95	96	96	97	98	94	96	97	98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	12,8	15,3	16,0	16,1	13,2	14,9	15,8	15,5

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1977/78: 7

c) Winterhalbjahr 1978/79: 7

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk										
Verarbeitendes Gewerbe⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	181	179	179	178	178	176	178	179	179
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	129	127	127	126	126	125	126	126	127
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	19 573	18 979	19 448	19 185	19 003	17 554	19 199	18 613	19 318
*Löhne (brutto)	Mill. DM	257,2	266,5	245,3	254,8	264,7	237,8	252,8	260,3	278,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	142,6	152,7	139,4	145,7	148,6	148,8	150,9	152,1	158,6
Autragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige ohne Schiffbau	Mill. DM Mill. DM	.	1 135 998	2 019 994	1 016 962	1 087 956	1 058 894	1 332 1 145	1 183 1 066	1 281 1 213
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 150	2 195	2 324	2 065	2 203	1 848	2 484	2 302	2 469
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	410	363	493	315	387	274	435	363	339
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	19	15	9	14	14	16	17	19	18
*Gasverbrauch ¹⁰⁾	Mill. m ³	27,0	28,9	33,4	35,1	35,4	30,3	33,4	35,8	34,7
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	4,0	2,4	2,9	2,0	2,0	2,2	2,4	2,8	2,7
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	23,1	26,6	30,6	33,1	33,4	28,1	31,0	33,0	32,1
*Heizölverbrauch	1 000 t	82	84	86	83	73	83	88	105	109
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	22	21	17	25	24	20	17
*schweres Heizöl	1 000 t	63	64	64	62	57	58	64	84	92
*Stromverbrauch	Mill. kWh	186	200	195	205	193	188	209	213	219
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	35	34	31	30	29	33	32	30	29
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Handwerk (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	95,0	98,0	94,1
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970 = 100	169,6	169,0	124,9
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	946	879	1 092	1 262	1 069	717	791	720	.
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	690	742	802	734	669	837	883	761	.
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. m ³	4	4	5	5	3	8	7	5	3
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (die Ergebnisse ab März 1979 sind vorläufig)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	52 790	54 970	53 504	54 745	55 333	54 187	54 927	55 759	56 211
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 523	6 478	6 165	7 246	7 539	2 385	5 454	7 099	7 995
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 999	2 996	2 925	3 369	3 366	1 176	2 715	3 386	3 757
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 063	1 007	942	1 101	1 285	462	924	1 109	1 353
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 190	2 189	2 037	2 468	2 552	685	1 652	2 325	2 574
*Löhne (brutto)	Mill. DM	93,2	100,0	90,5	101,3	117,8	35,2	81,1	113,5	136,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	14,0	15,4	14,1	14,1	14,4	14,9	14,9	15,2	15,9
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	333,3	289,3	167,6	203,6	229,9	133,1	169,8	205,4	285,7

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1 (ab Januar 1979)

9) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) umgerechnet auf einen Heizwert von 35 169,12 kJ/m³

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	960	1 190	1 192	1 103	1 310	685
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	927	1 144	1 134	1 047	1 252	659
*Rauminhalt	1 000 m ³	792	1 011	1 073	1 041	1 259	575
*Wohnfläche	1 000 m ²	135	172	188	183	213	98
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	167	182	149	170	202	67
*Rauminhalt	1 000 m ³	508	630	474	566	736	255
*Nutzfläche	1 000 m ²	94	112	88	113	128	51
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 416	1 781	1 965	1 836	2 268	1 037
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹³⁾	Anzahl	1 540	1 350	270	531	486	221
Wohnräume	Anzahl	7 274	6 508	1 270	1 602	2 419	1 096
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	507,6	437,2	472,1	497,6	453,6	357,7	508,0	566,0	440,2
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	75,5	76,9	72,8	86,9	75,3	64,7	106,5	90,5	76,2
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	432,2	360,3	399,3	410,7	378,2	293,0	401,5	475,6	364,0
davon *Rohstoffe	Mill. DM	9,4	9,8	9,8	10,1	11,4	9,4	12,4	11,2	13,1
*Halbwaren	Mill. DM	27,7	31,2	26,9	29,4	28,2	20,1	34,3	51,1	48,3
*Fertigwaren	Mill. DM	395,0	319,4	362,6	371,2	338,7	263,5	354,7	413,3	302,7
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,5	29,1	31,1	27,4	28,3	29,3	39,6	31,5	32,1
*Enderzeugnisse	Mill. DM	366,6	290,3	331,6	343,8	310,4	234,2	315,0	381,8	270,6
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	191,5	188,9	182,8	185,8	174,5	175,2	240,1	212,6	211,9
darunter Italien	Mill. DM	18,2	18,4	14,4	19,1	15,9	20,0	24,4	20,0	21,5
Niederlande	Mill. DM	41,8	43,7	48,0	41,6	40,4	35,2	47,4	40,9	44,1
Dänemark	Mill. DM	36,7	39,9	36,3	36,0	36,4	28,9	43,8	45,5	47,6
Großbritannien	Mill. DM	43,5	33,1	27,2	37,4	28,7	45,0	59,7	44,0	43,4
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	189,7	201,6	201,1	191,9	200,2	164,3	213,3	209,5	218,6
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	171,4	173,0	142,4	146,2	196,1	98,6	132,6	158,5	190,0
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	r 251	246	174	183	293	67	119	p 213	p 271
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	21	15	20	23	8	13	p 24	p 26
*Fremdenübernachtungen	1 000	r 2 008	1 931	951	746	1 725	266	482	p 1 199	p 1 552
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	43	34	35	43	20	29	p 46	p 50
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹⁴⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 133	1 204	1 149	1 099	1 349	998
Güterversand	1 000 t	472	461	422	428	410	408
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	196	209	202	220	177	93	177	192	193
*Güterversand	1 000 t	234	238	255	267	245	103	222	285	272
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 741	10 087	13 811	r12 079	r11 062	7 604	15 724	13 795	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	198	244	458	r 544	r 580	54	499	814	...
*Personenkraftwagen ¹⁵⁾	Anzahl	8 704	8 960	12 353	10 624	9 550	6 806	13 869	11 742	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	452	510	572	532	593	424	761	709	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 560	1 549	1 272	1 329	1 616	739	1 162	1 160	p 1 563
*Getötete Personen	Anzahl	61	53	27	46	54	22	28	40	p 59
*Verletzte Personen	Anzahl	2 052	2 028	1 769	1 740	2 080	991	1 575	1 507	p 2 006

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

14) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁶⁾										
*Kredite ¹⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	36 181	41 315	37 281	37 620	37 976	41 550	42 076	42 286	42 715
darunter										
*Kredite ¹⁷⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	34 096	39 295	35 219	35 554	35 906	39 577	40 137	40 338	40 754
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 107	6 720	6 076	6 126	6 157	6 526	6 810	6 787	6 840
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 987	6 670	6 039	6 085	6 113	6 500	6 790	6 750	6 796
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	121	50	37	41	44	26	20	37	44
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 638	4 384	3 669	3 709	3 742	4 480	4 493	4 485	4 552
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 058	3 311	3 055	3 106	3 137	3 322	3 372	3 377	3 452
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	580	1 073	614	603	605	1 157	1 121	1 108	1 100
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	24 351	28 191	25 474	25 718	26 006	28 572	28 833	29 067	29 363
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 292	22 168	19 783	20 030	20 268	22 654	22 900	23 117	23 432
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 060	6 023	5 690	5 689	5 738	5 918	5 933	5 949	5 930
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	26 612	29 682	26 666	26 672	27 191	29 827	29 844	30 012	30 386
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	14 060	16 245	14 146	14 112	14 596	16 193	16 190	16 380	16 783
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 458	11 415	9 512	9 703	9 991	11 335	11 316	11 528	11 696
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 602	4 831	4 634	4 409	4 605	4 858	4 875	4 852	5 087
*Spareinlagen	Mill. DM	12 552	13 437	12 520	12 561	12 594	13 635	13 654	13 633	13 603
*bei Sparkassen	Mill. DM	7 130	7 571	7 117	7 120	7 133	7 677	7 678	7 666	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	649	653	533	531	520	600	602	559	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	580	580	554	490	486	491	583	580	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	26	28	44	21	33	32	25	39	19
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,4	0,3	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	280	250	249	217	326	243	304
*Wechselsumme	Mill. DM	1,3	1,4	2,4	2,6	2,2	1,0	1,8
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt		1. Vj. 78			1. Vj. 79			
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 623,1	1 747,0	1 740,6	.	.	1 752,0	.	.	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 251,4	1 302,4	1 204,4	.	.	1 248,1	.	.	
*Lohnsteuer 18)	Mill. DM	799,2	811,0	715,6	.	.	731,3	.	.	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	350,7	368,4	365,2	.	.	369,1	.	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	8,1	12,9	15,1	.	.	11,4	.	.	
*Körperschaftsteuer 18)	Mill. DM	93,4	110,1	108,5	.	.	136,3	.	.	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	371,7	444,6	536,2	.	.	503,9	.	.	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	262,2	319,6	415,7	.	.	387,0	.	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	109,5	125,0	120,5	.	.	116,9	.	.	
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,2	174,3	.	.	175,7	.	.	
*Zölle	Mill. DM	0,9	0,5	0,6	.	.	0,4	.	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,2	124,5	158,6	.	.	158,6	.	.	
*Landessteuern	Mill. DM	116,2	122,6	132,1	.	.	129,4	.	.	
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,2	24,7	27,5	.	.	27,2	.	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61,6	66,9	70,9	.	.	72,4	.	.	
*Biersteuer	Mill. DM	3,8	4,4	3,1	.	.	3,2	.	.	
*Gemeindesteuern ¹⁹⁾	Mill. DM	254,0	262,1	250,5	.	.	266,6	.	.	
*Grundsteuer A ²⁰⁾	Mill. DM	7,0	6,9	7,1	.	.	7,1	.	.	
*Grundsteuer B	Mill. DM	42,7	48,5	46,4	.	.	46,8	.	.	
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	163,7	167,0	153,5	.	.	173,6	.	.	
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,0	19,3	21,3	.	.	20,6	.	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	923,7	987,0	999,8	.	.	1 017,4	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	501,9	521,2	469,1	.	.	496,3	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	256,5	300,1	357,8	.	.	340,1	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	- 1,4	.	.	5,3	.	.	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	953,9	1 021,5	1 017,5	.	.	1 021,2	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,9	607,6	573,2	.	.	588,2	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	223,3	259,8	313,6	.	.	298,3	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	- 1,4	.	.	5,3	.	.	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	366,5	379,0	249,2	.	.	266,6	.	.	
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	Mill. DM	94,6	104,0	156,4	.	.	173,6	.	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	181,6	180,0	- 4,1	.	.	-	.	.	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1979			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	154,1	146,2	146,5	146,5	147,4	153,5	155,5	159,6	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	143,6	145,3	144,3	144,8	145,3	148,8	149,8	151,3	...
Grundstoffpreise	1970 = 100	149,2	145,5	145,6	145,1	145,6	149,5	151,3	152,8	154,1
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²²⁾	1970 = 100	144,5	146,3	145,5	145,8	146,3	149,6	150,9	151,8	152,5
landwirtschaftlicher Produkte ²²⁾	1970 = 100	142,3	137,0	140,5	136,7	136,1	138,6	139,6	139,1	137,6
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²³⁾	1970 = 100	150,7	159,7	.	.	158,6	164,9	-	-	172,0
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²²⁾	1970 = 100	152,0	151,6	151,9	152,3	152,9	154,5	155,3	156,1	156,9
Einzelhandelspreise	1970 = 100	141,7	145,1	144,5	145,0	145,6	148,2	149,2	150,0	150,8
*Preisindex der Lebenshaltung ²⁴⁾ insgesamt	1970 = 100	146,3	150,1	149,7	150,1	150,5	153,6	154,6	155,4	156,0
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	143,7	145,2	145,5	146,6	146,8	146,0	146,9	147,7	148,8
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	147,3	154,1	152,9	153,2	153,7	157,7	158,4	159,2	159,8
Wohnungsmieten	1970 = 100	144,7	149,0	148,1	148,3	148,7	151,5	151,9	152,3	152,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	178,4	183,6	183,4	181,8	181,9	206,6	213,8	214,9	216,1
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	140,2	145,4	145,2	145,5	145,3	148,3	148,8	149,3	149,7
Löhne und Gehälter²⁵⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	515	544	.	537	.	.	.	565	.
darunter *Facharbeiter	DM	539	568	.	560	.	.	.	593	.
*weibliche Arbeiter	DM	340	361	.	357	.	.	.	371	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	327	343	.	343	.	.	.	356	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	12,02	12,67	.	12,50	.	.	.	13,24	.
darunter *Facharbeiter	DM	12,57	13,30	.	13,09	.	.	.	13,92	.
*weibliche Arbeiter	DM	8,41	8,95	.	8,82	.	.	.	9,28	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	8,12	8,51	.	8,44	.	.	.	8,88	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Stunden	42,9	42,7	.	42,9	.	.	.	42,7	.
weibliche Arbeiter	Stunden	40,2	40,3	.	40,5	.	.	.	40,0	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 722	2 907	.	2 873	.	.	.	3 041	.
*weiblich	DM	1 889	2 009	.	1 968	.	.	.	2 108	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 937	3 106	.	3 055	.	.	.	3 264	.
*weiblich	DM	1 813	1 921	.	1 893	.	.	.	2 019	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 383	2 534	.	2 482	.	.	.	2 629	.
*weiblich	DM	1 600	1 701	.	1 655	.	.	.	1 775	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 442	2 591	.	2 560	.	.	.	2 675	.
weiblich	DM	(1 701)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 495	2 654	.	2 608	.	.	.	2 762	.
weiblich	DM	1 681	1 786	.	1 743	.	.	.	1 867	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 905	3 070	.	3 023	.	.	.	3 224	.
weiblich	DM	1 809	1 918	.	1 888	.	.	.	2 014	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) Nur Neubau

25) Effektivverdienste

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) für alle privaten Haushalte

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336
1975	2 584	5,8	9,4	12,8	- 9	7	994	66	356	219	353
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 009	76	364	222	347
1977	2 586	5,5	9,0	12,0	- 8	12	1 017	71	387	218	341
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 038	81	368	222	367

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	inte- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Erwerbs- tätigen
1974	267	72	69	2	17	38	31	14	34 319	8,2	26 488	2,7	27 780
1975	271	77	73	2	16	41	29	14	36 766	7,1	26 395	- 0,4	28 190
1976	269	83	75	2	17	42	29	13	p 39 525	p 7,5	p 27 384	p 3,7	p 29 380
1977	259	87	79	2	15	42	30	12	p 41 877	p 6,0	p 27 925	p 2,0	p 29 960
1978	245	89	83	2	44 298 ^a	5,8 ^a	28 604 ^a	2,4 ^a	30 760 ^a

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 4)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner 3)	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe 2)									
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637
1975	1 525	503	1 620	4 280	460	2 763	2 234	4 477	1 853	159	735
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813
1977	1 565	515	1 796	4 528	480	3 035	2 339	4 551	1 990	223	869
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch			
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl		
	in 1 000		in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM			insgesamt	mittelschwer, schwer	
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	57
1975	177	127	232	2 704	1 464	20 608	4 243	249	978	768	52
1976	171	123	228	2 822	1 532	22 331	4 336	238	1 006	791	54
1977	181	129	235	3 086	1 711	25 794	4 923	230	985	757	53
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, ohne Soldaten

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) Bis 1976: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk), ab 1977: Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; der Vergleich mit früheren Jahren ist hauptsächlich durch die Einbeziehung des Handwerks nicht möglich (siehe auch Statistischen Bericht E 1 1, Januar 1979)

6) Bis einschließlich 1976 ohne Umsatz außerhalb des verarbeitenden Gewerbes; in allen Jahren ohne Umsatzsteuer

7) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) $\hat{=}$ 1 t Steinkohle oder -briketts $\hat{=}$ 1,03 t Steinkohlenkoks $\hat{=}$ 1,46 t Braunkohlenbriketts $\hat{=}$ 3,85 t Rohbraunkohle

8) Ab 1976 einschließlich Fertigteilebau und Bauhilfsgewerbe

a) Erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 28. Februar 1979			Bevölkerungsveränderung im Februar 1979			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1979 (vorläufige Zahlen)							
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte					
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)											
		in %												
FLensburg	89 372	-	0,0	-	2,1	-	44	7	-	37	47	-	52	
KIEL	253 405	-	0,1	-	1,8	-	85	-	58	-	143	155	2	190
LÜBECK	224 258	-	0,1	-	2,4	-	113	-	194	-	307	157	4	180
NEUMÜNSTER	81 232	-	0,2	-	3,0	-	23	-	156	-	179	52	2	65
Dithmarschen	130 322	-	0,0	+	0,1	-	49	-	4	-	53	81	1	103
Hzgt. Lauenburg	153 723	+	0,0	+	1,2	-	76	-	105	-	29	89	4	118
Nordfriesland	159 984	-	0,1	-	0,6	-	75	-	61	-	136	104	1	145
Ostholstein	188 238	+	0,0	+	0,5	-	48	-	88	-	40	125	11	150
Pinneberg	257 459	+	0,0	+	1,3	-	54	-	174	-	120	149	3	190
Plön	115 495	+	0,1	+	1,2	-	17	-	159	-	142	69	6	92
Rendsburg-Eckernförde	241 862	+	0,1	+	1,2	-	69	-	223	-	154	140	5	193
Schleswig-Flensburg	179 808	+	0,1	+	1,1	-	23	-	120	-	97	82	4	118
Segeberg	204 357	+	0,1	+	3,2	-	11	-	171	-	160	129	6	162
Steinburg	129 049	-	0,0	-	0,5	-	31	-	19	-	12	74	5	99
Stormarn	183 095	+	0,1	+	3,3	-	37	-	207	-	170	110	5	149
Schleswig-Holstein	2 591 659	+	0,0	+	0,3	-	755	-	800	-	45	1 563	59	2 006

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1979		
	Betriebe am 30. 4. 1979	Beschäftigte am 30. 4. 1979	Umsatz ⁴⁾ im April 1979 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	78	9 164	111	31 969	29 130	326
KIEL	146	26 601	200	87 846	80 537	317
LÜBECK	155	26 401	250	76 080	69 162	308
NEUMÜNSTER	76	10 596	87	32 478	29 124	357
Dithmarschen	84	6 811	229	57 448	45 801	351
Hzgt. Lauenburg	99	8 903	100	61 464	53 020	345
Nordfriesland	56	3 020	71	69 435	56 099	350
Ostholstein	90	5 909	87	75 883	65 030	346
Pinneberg	196	22 894	255	104 703	92 429	359
Plön	44	2 687	26	49 471	41 835	363
Rendsburg-Eckernförde	127	10 693	121	101 454	84 796	351
Schleswig-Flensburg	87	5 187	102	80 650	65 409	364
Segeberg	173	14 208	179	94 081	81 047	397
Steinburg	97	9 848	152	55 607	45 626	353
Stormarn	144	15 588	332	77 178	68 101	373
Schleswig-Holstein	1 652	178 510	2 302	1 055 747	907 146	350

1) nach dem Gebietsstand vom 28. 2. 1979

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1978				Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 4. 1979	Kurzarbeiter Monatsmitte April 1979	Offene Stellen am 30. 4. 1979	Schweine insgesamt am 3. 4. 1979	Rindvieh am 1. 12. 1978		
		VZ 1970	31. 12. 1977					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)	
		in %								in 1 000
Schleswig-Holstein	2 591	+ 3,9	+ 0,2	39	2	15	1 960	1 585	518	
Hamburg	1 664	- 7,2	- 1,0	28	4	9	11	15	4	
Niedersachsen	7 225	+ 2,0	+ 0,0	120	10	38	7 087	3 053	1 041	
Bremen	698	- 3,4	- 0,7	14	6	4	7	17	4	
Nordrhein-Westfalen	17 006	+ 0,5	- 0,1	294	32	70	5 354	1 926	630	
Hessen	5 554	+ 3,2	+ 0,2	63	5	27	1 423	885	303	
Rheinland-Pfalz	3 631	- 0,4	- 0,2	46	5	16	737	682	238	
Baden-Württemberg	9 138	+ 2,7	+ 0,2	74	21	60	2 249	1 872	695	
Bayern	10 831	+ 3,4	+ 0,1	138	31	61	4 360	4 897	1 983	
Saarland	1 073	- 4,2	- 0,7	25	2	3	53	73	26	
Berlin (West)	1 910	- 10,0	- 0,9	34	3	9	6	1	0	
Bundesgebiet	61 322	+ 1,1	- 0,0	875	122	313	23 247	15 007	5 443	

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im Dezember 1978			
	Beschäftigte am 31. 3. 1979	Umsatz ²⁾ im März 1979		Produktions- index 3) (1970 = 100) im März 1979	Beschäftigte am 28. Februar 1979		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	178	2 484	18	...	54	21	1 303	5,0	10 160	39,2
Hamburg	166	4 929	13	...	30	18	633	3,8	3 040	18,3
Niedersachsen	705	9 856	25	...	145	20	4 297	5,9	24 996	34,6
Bremen	90	1 504	16	...	15	21	218	3,1	698	10,0
Nordrhein-Westfalen	2 222	28 707	26	...	277	16	12 633	7,4	40 352	23,7
Hessen	667	7 182	27	112,4	103	19	2 804	5,0	15 384	27,7
Rheinland-Pfalz	388	5 617	30	131	69	19	1 475	4,1	10 921	30,1
Baden-Württemberg	1 454	16 457	25	123,8	185	20	6 503	7,1	23 411	25,6
Bayern	1 360	14 401	26	128,8	221	20	6 426	5,9	39 856	36,8
Saarland	149	1 780	30	...	20	19	632	5,9	3 916	36,5
Berlin (West)	183	1 847	12	...	31	16	966	5,1	3 603	18,9
Bundesgebiet	7 561	94 763	25	125,3	1 150	19	37 890	6,2	176 337	28,8

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Januar 1979			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im März 1979				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 3. 1979 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	1 056	907	350	1 162	28	1 575	138	5 269	394	399	...
Hamburg	597	544	327	628	19	776	127	8 826	628	2 409	...
Niedersachsen	2 994	2 548	353	3 044	159	4 094	140	6 413	394	403	...
Bremen	251	228	327	285	1	304	107	7 209	462	1 063	...
Nordrhein-Westfalen	6 566	5 906	347	7 158	198	9 208	131	7 186	453	701	...
Hessen	2 367	2 063	372	2 569	77	3 369	134	7 893	491	665	...
Rheinland-Pfalz	1 575	1 325	365	1 610	57	2 188	139	7 142	406	490	...
Baden-Württemberg	3 912	3 344	366	4 042	149	5 458	139	7 731	490	642	...
Bayern	4 611	3 768	348	5 122	227	6 905	139	8 217	432	481	...
Saarland	427	384	358	542	18	730	138	6 415	391	450	...
Berlin (West)	616	557	292	973	19	1 191	124	6 835	361	849	...
Bundesgebiet	25 066 ^{a)}	21 620 ^{a)}	353	27 135	952	35 798	135	7 359	447	641	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) ohne Umsatzsteuer

3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Endgültige Werte einschließlich Fertigteilebau und Bauhilfsgewerbe

5) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

8) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1979

Bruttoinlandsprodukt
Bodennutzung in den Naturräumen
Getreideerträge in den Naturräumen
Bautätigkeitsstatistik
Finanzplanung
Pressestatistik

Heft 3/1979

Schleswig-Holstein im Jahre 1978 (Teil 1)

Heft 4/1979

Schleswig-Holstein im Jahre 1978 (Teil 2)

Heft 5/1979

Eigennutzung von Ferienunterkünften
Bruttoinlandsprodukt 1978
Schüler und Studenten 1964 und 1978

Heft 6/1979

Landtagswahl 1979
Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse
Auftragseingänge
Studenten 1979

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Bildung und Kultur

Pressestatistik	2/46
Schüler und Studenten 1964 und 1978	5/116
Studenten 1979	6/143

Kirchliche Verhältnisse

Nordelbische Kirche	1/15
---------------------------	------

Wahlen

Landtagswahl 1979	
Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse	6/126

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung in den Naturräumen	2/26
Getreideerträge in den Naturräumen	2/35

Produzierendes Gewerbe

Bauhauptgewerbe	1/11
Auftragseingänge	6/137

Bautätigkeit und Wohnungswesen

Bautätigkeitsstatistik	2/38
------------------------------	------

Handel und Gastgewerbe

Eigennutzung von Ferienunterkünften	5/106
---	-------

Verkehr

Güterverkehr See	1/3
------------------------	-----

Öffentliche Finanzen

Finanzplanung	2/41
---------------------	------

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt	2/18
Bruttoinlandsprodukt 1978	5/111

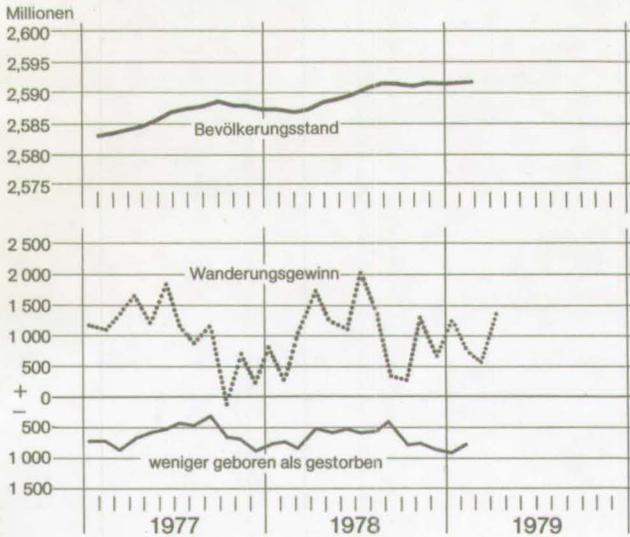
Verschiedenes

Schleswig-Holstein im Jahre 1978	
Teil 1	3/50
Teil 2	4/78

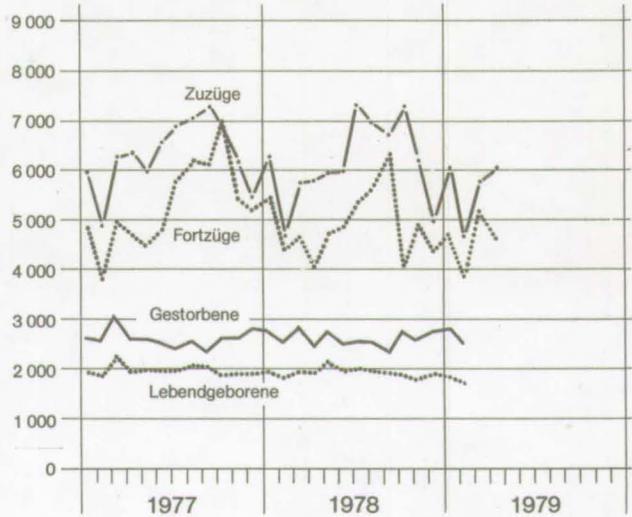
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN • A

Teil B - in den Heften der geradzahigen Monate - enthält: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

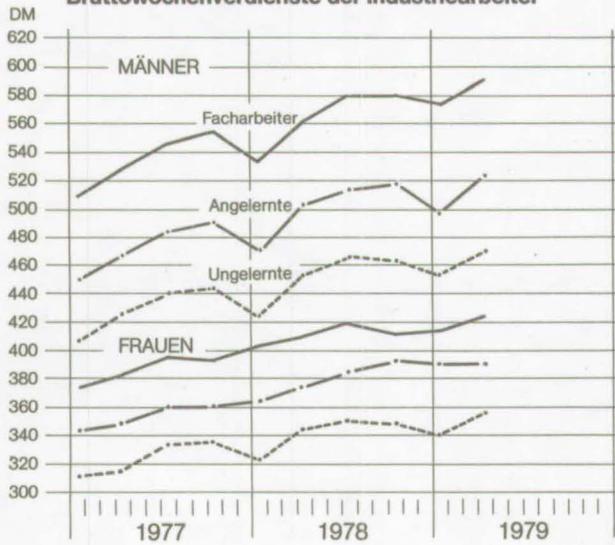
Bevölkerung



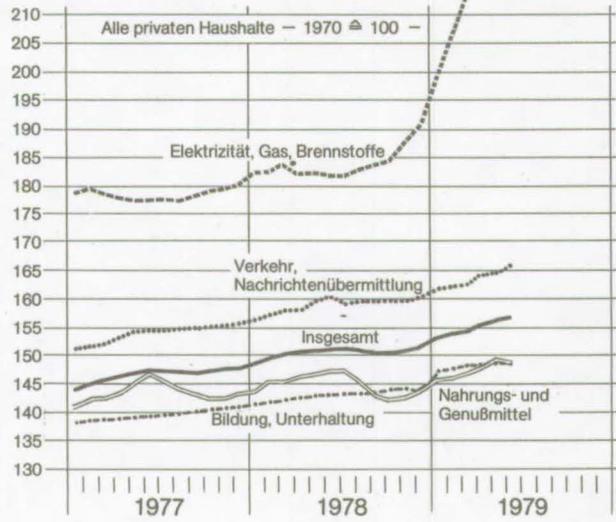
Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung



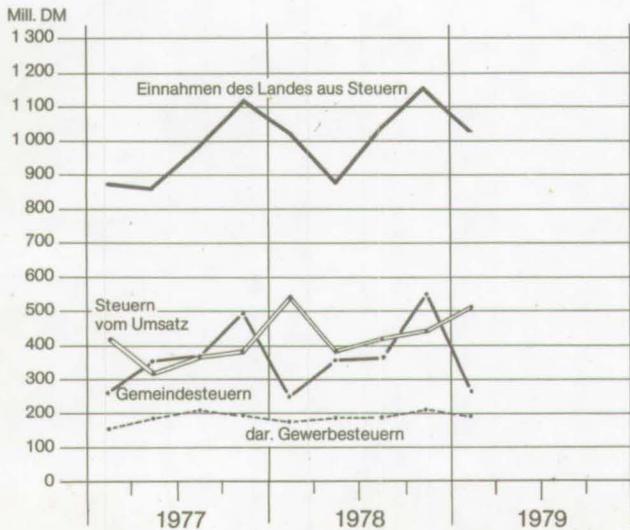
Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steueraufkommen



Kredite an Wirtschaft und Private

